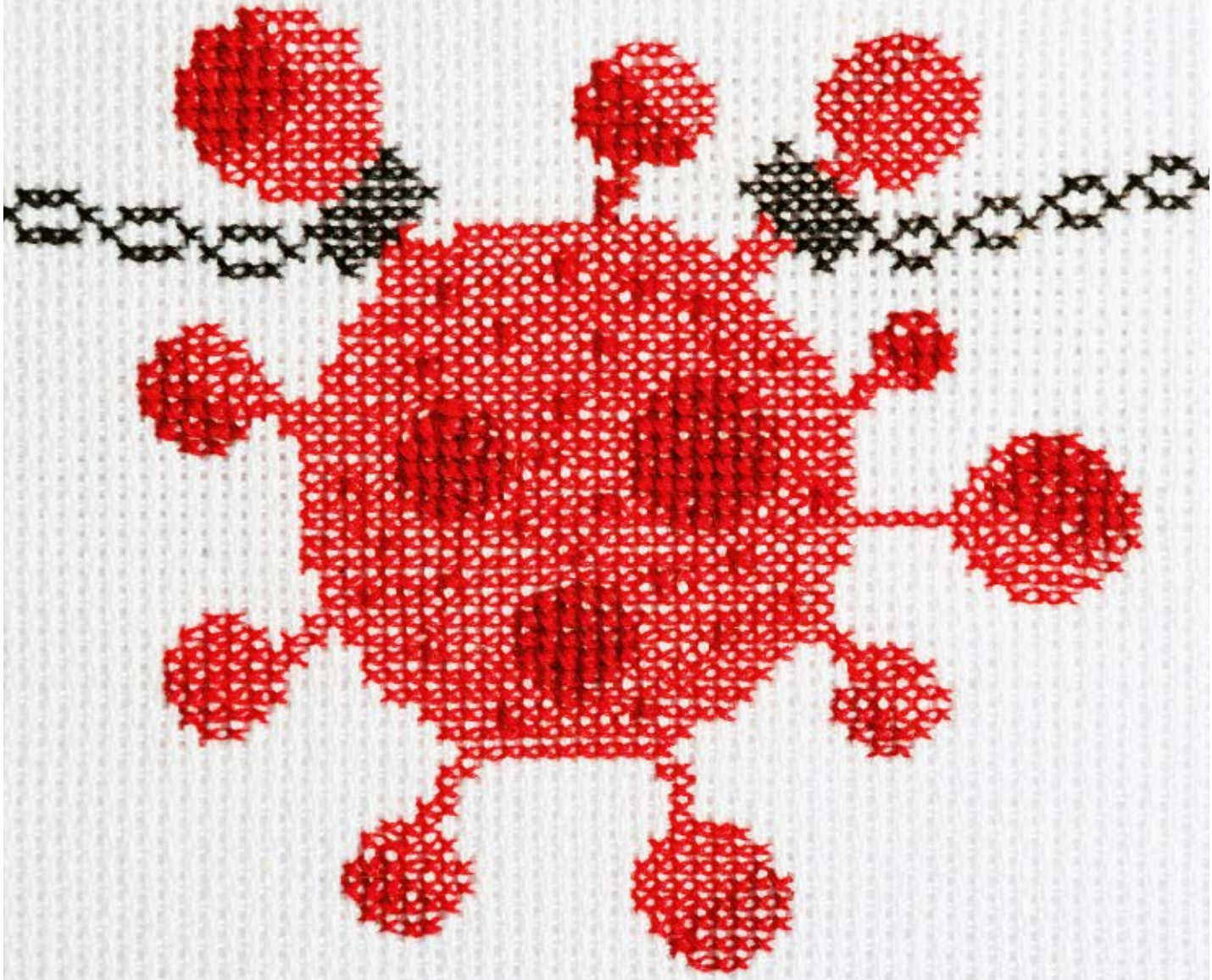
Juni 2020
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Von der Krise in die Krise?

Wege aus der Corona-Starre, Rezepte gegen die Rezession

Streamen statt demonstrieren: Die Gewerkschaft im Homeoffice

Unsere Arbeit verdient gute Renten

Initiative für eine 13. AHV-Rente

Themen des Monats

5 **Digital kämpfen**
Gewerkschaftsarbeit aus dem Homeoffice – geht das überhaupt?

6 **Gleichung mit vielen Unbekannten**
Die Schulen sind wieder offen, die Kitas werden «hochgefahren»

7 **Aber bitte mit Maske**
Der öffentliche Verkehr wird durch die Corona-Krise schwere finanzielle Einbussen erleiden

8 **Die grosse Abwälzung**
Umfrage des VPOD im Gesundheits- und Sozialbereich zeigt schwere Versäumnisse

9 **Kosmetische Lohnkontröllchen**
Ein gutes Jahr nach dem Frauenstreik tritt eine zahnlose Änderung des Gleichstellungsgesetzes in Kraft

11–16 **Dossier: Corona und die Folgen**
Vier VPOD-Sekretärinnen und -Sekretäre im Videogespräch über Corona

17 **Mittel der Wahl**
Untauglicher Gegenvorschlag des Bundes zur Prämienentlastungs-Initiative

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**
10 **Aus den Regionen und Sektionen**
16 **Sunil Mann:** Sterbehilfe für andere
18 **Wirtschaftslektion:** Geld – die beste Krisenmedizin
19 **Wettbewerb:** Corona-Romane
20 **VPOD aktuell**
21 **Hier half der VPOD:** Zirkus ums Knie
22 **Solidar Suisse:** Unorganisiert organisiert
23 **Menschen im VPOD:** Bettina Fredrich, Ostermundigen

Redaktion/Administration:
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 5, Juni 2020
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr

Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Geschichte schreiben

Besonders in der Sportberichterstattung ist sie verbreitet, die Wendung, diese oder jener habe «Geschichte geschrieben». Jedes Mal, wenn Roger Federer irgendwo ein Tennisturnier zum gefühlt 385. Mal gewinnt, ist das zu lesen. Angeblich haben auch der Eisschnellläufer Livio Wenger, der Schwimmer Jérémy Desplanches und die Sprinterin Mujinga Kambundji Geschichte geschrieben. Genauso wie der FC Rätia Bludenz, der Turnverein Neue Sektion Winterthur und die Calanda Broncos. Wie dem Internet zu entnehmen ist.

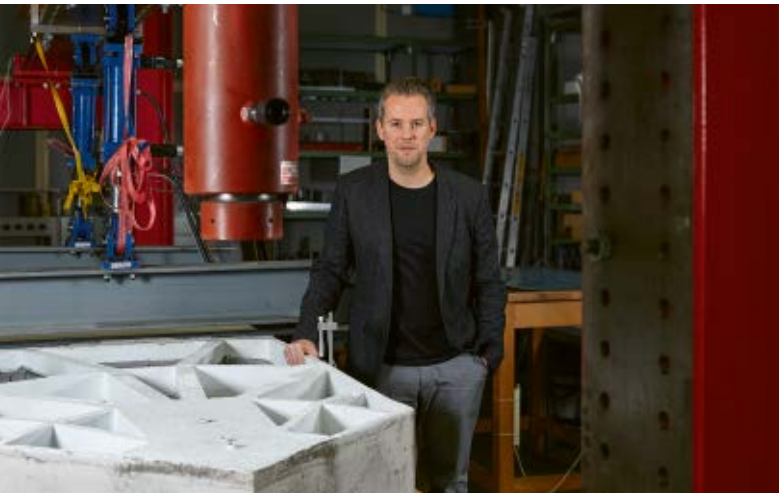
Geschichte schreiben? Mir gefällt der Ausdruck nicht. Erstens: *Machen* tun die Geschichte wir alle, unentwegt. Schon Brecht ist aufgefallen, dass Caesar den Gallischen Krieg mutmaslich nicht ganz allein gewonnen hat: «Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?» Geschichte machen auch: Intensivpflegerin Susanne, wenn sie den Patienten ans Beatmungsgerät anschliesst. Homeofficerin Erika, wenn sie die Rösti auf den Herd stellt, gleichzeitig mit dem Chef chattet, ihre Grössere das Einmaleins abfragt und den Kleinen zum möglichst ruhigen Legospiel anhält. Coop-Kassiererin Hatice, die heute schon zum 14. Mal von der Kasse aufstehen muss, weil eine Kundin das Gemüse nicht gewogen hat, nein, Fenchel war noch nie per Stück. Und Lastwagenfahrer Enver, wenn er wegen geschlossener Autobahntoiletten an den Strassenrand biselt.

Aber *schreiben* tun die Geschichte – zweitens – nicht wir. Für die Zusammenhänge, die Verschränkungen der Gegenwart sind wir nämlich nicht sehr sensibel, für die Einordnung des eigenen Tuns wenig begabt. Daher müssen andere das machen, nach uns. Ich fürchte, dabei kommen wir nicht eben gut weg. Nicht weil im Augenblick – ausser einer surrealen Bundesliga – so gut wie kein Sport stattfindet. Sondern weil unter dem Regime von Corona jetzt halt ans Licht kommt, wie wir leben. Wir hier, in Europa. Dass wir aus allen möglichen Ländern Leute herankarren, die für uns Spargeln stechen, Hintern putzen, Erdbeeren pflücken, Fleisch zerlegen und Salat rüsten. All das, wofür wir uns zu gut sind, tun die. Wir stecken sie in Abbruchbuden und Kellerlöcher und lassen sie nicht an unserem Leben teilhaben.

Wir schreien auf, wenn sie nicht mehr kommen (nicht mehr kommen *können*, weil wir selber die Grenzen zugemacht haben) und wir den ganzen Dreck jetzt selber machen müssten. Wir haben doch Rücken! Und wir schreien erst recht auf, wenn sie kommen und dann alle miteinander Corona kriegen.

Man wird überlegen müssen, ob dieses Geschichtsbuch dann in der Reihe «Klassengesellschaften» oder in der Reihe «Sklavenhaltergesellschaften» erscheint. Aber das sollen die Nachgeborenen entscheiden.

Gelb und modern: Neu verhandelter Post-GAV.



Gotisch und modern: SNF-Digitalisierungsprojekte.

Corona-Entlassungen inakzeptabel

Beispiellos: Die Arbeitslosigkeit hat in wenigen Wochen um 40 Prozent zugenommen. Dabei hat der Bundesrat umfassende Massnahmen im Umfang von 60 Milliarden Franken ergriffen, um gerade das zu verhindern. Er hat den Zugang zur Kurzarbeit maximal erleichtert, einen Elternurlaub für Arbeitnehmende mit Betreuungspflichten eingeführt sowie weitere Hilfsmassnahmen und Kreditgarantien zugesagt. Wenn die Firmen nun in grosser Zahl Personal auf die Strasse stellen, ist das aus Sicht des SGB nicht akzeptabel. Die Arbeitgeber müssen jetzt Solidarität zeigen und Jobs erhalten: Das fordert der SGB mit einem Appell. Darin enthalten ist die Forderung, dass geringe Löhne auch unter Kurzarbeit keine Einbusse erleiden dürfen. Rund die Hälfte der Kurzarbeitenden sind im Tieflohnsegment. Daher soll ihnen der Lohn in der Krise vollständig ausgeglichen werden. | *vpod*

Post mit verbessertem Dach-GAV

Syndicom und Transfair einerseits und die Post andererseits haben die Verhandlungen zum neuen Dach-Gesamtarbeitsvertrag sowie zum Firmen-Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Post CH AG erfolgreich abgeschlossen. Syndicom spricht von «modernen und familienfreundlichen Anstellungsbedingungen». Dazu gehört, dass der Mutterschaftsurlaub um 6 unbezahlte Wochen über die bestehenden 18 bezahlten Wochen ausgeweitet werden kann. Der Vaterschaftsurlaub wird von 2 auf 4 Wochen verdoppelt und gilt neu auch für die Partnerin der Mutter in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft. Arbeiten beide Elternteile bei der Post, können sie alle Ansprüche zusammenlegen und unter sich aufteilen. Auch im Bereich Lohngleichheit und Lohntransparenz gibt es Fortschritte, ebenso beim Diskriminierungsschutz. Matteo Antonini, Leiter Logistik der Syndicom, lobt ausserdem das verbesserte Recht auf Nichterreichbarkeit und die erhöhte Zeitautonomie für Teilzeitangestellte. Der GAV tritt 2021 in Kraft. Er gilt nicht für die Mitarbeitenden von PostLogistics AG, Secure Post, Swiss Post Solutions, IMS, der Frühzustellung Presto und von DMC. | *syndicom/slt (Foto: Post)*

Nationalfonds fördert Digitalisierung

Rund 1000 Projekte zur Digitalisierung hat der Schweizerische Nationalfonds (SNF) 2019 gefördert. Die Mitwirkung des SNF ist dort besonders gefragt, wo etwas nicht direkt in eine kommerzielle Nutzung überführt werden kann. Beispiel: die Bodenplatten von ETH-Architekturprofessor Philippe Block. Sie benötigen im Vergleich mit herkömmlichen Elementen dreimal weniger Beton; die Kohlenstoffbilanz ist sechsmal besser. Der Trick liegt in einem Revival der Technologie gotischer Kathedralen: Spitzbogennetze – jetzt vom Computer berechnet – sorgen für Stabilität trotz Materialeinsparung. Im März hat der SNF die Sonderausschreibung Coronaviren lanciert und im April das Forschungsprogramm «Covid-19» des Bundes. Die Projekte sollen einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Virus, der Pandemie und ihrer Folgen leisten. | *snf (Foto: SNF)*

Aufatmen im Jura: Postauto erhält Zuschlag

Die Chauffeurinnen und Chauffeure im Jura können aufatmen: Der Kanton Jura hat bekanntgegeben, dass Postauto den Zuschlag für alle Linien erhält. Postauto war das einzige der offerierenden Unternehmen, das einen GAV vorweisen konnte. Demnach sind Befürchtungen bezüglich Lohneinbussen oder gar Arbeitslosigkeit infolge Konzessionswechsels vom Tisch. Das Vorgehen der jurassischen Regierung bleibt allerdings aus Sicht der Syndicom höchst fragwürdig. Jetzt hat der Kanton Wallis die Ausschreibung seiner konzessionierten Linien für 2021 angekündigt. | *syndicom*

Privater Sicherheits-GAV in Kraft

Der neue GAV der privaten Sicherheitsbranche ist seit Anfang Monat in Kraft, gleichzeitig mit der vom Bundesrat beschlossenen Allgemeinverbindlicherklärung. Als neuer Sozialpartner schliesst sich die Gewerkschaft Syna dem Vertrag zwischen Unia und dem Verband Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungsunternehmen an. Die Einstiegslöhne werden um 0,5 bis 1 Prozent angehoben; die Untervergabe von Aufträgen wird geregelt. Die Bedingungen sind allerdings weiterhin nicht üppig: Der Vaterschaftsurlaub wird von bisher 1 Tag auf 3 Tage erhöht. | *unia*

Gewerkschaftsarbeit aus dem Homeoffice – geht das überhaupt?

Digital kämpfen

Während das vom VPOD organisierte Personal im Service public wie eh und je in vorderster Reihe steht, wurde der «Apparat» Mitte März mit brachialer Wucht ins Homeoffice katapultiert. Hat's funktioniert?

| **Text:** *Tanja Lantz, VPOD-Zentralsekretariat (Foto: Alexandra Wey/Keystone)*

Statt Demo: Natascha Wey (VPOD), David Roth (Syndicom) und SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard im 1.-Mai-Livestream.

«Als erstes wurden die grösseren Treffen abgesagt oder verschoben», berichtet Fabio Höhener, VPOD-Sekretär Zürich Lehrberufe, «aber nach einer ersten Phase der Neuorganisation konnten wir mit Team und Vorstand Videocalls durchführen, und das funktionierte weitgehend einwandfrei.» Auch Kolleginnen und Kollegen mit wenig technischen Kenntnissen hätten sich nach kurzer Zeit gut mit dem neuen Instrument zurechtgefunden.

Vom Webinar zur Praxis

Viviane Hösli vom VPOD Zentralschweiz hat ein Webinar der Rosa-Luxemburg-Stiftung besucht – Thema «Organizing während Covid-19». Ihr war mit Ausbruch der Krise sofort klar: In einer Zeit, in der arbeitsrechtlich so viel passiert, müssen die Gewerkschaften an ihren Mitgliedern dranbleiben. Zunächst habe man Sitzungen der Personalkommission noch im Spital durchgeführt: «Der Austausch war ja megawichtig.» Allerdings sei dabei wegen der überbordenden Traktandenliste das Informelle – das «Wie geht's?» unter Kolleginnen und Kollegen – auf der Strecke geblieben. Das habe dann seinen Platz in den Videocalls gefunden: «Menschen fanden hier wieder den Raum, sich über ihre Arbeitsbelastung und -organisation auszutauschen.»

An einigen Hochschulen hat Viviane Hösli offene Personalversammlungen organisiert – mit guter Beteiligung: «Interessant: Es haben viele teilgenommen, die es normalerweise wegen Betreuungspflichten oder Auslandsaufenthalten nicht zu solchen Treffen schaffen.» Auch die Vernetzung mit Vorständen, gewerkschaftlichen Gremien und kantonalen Bünden, zu Arbeits- und Betriebsgruppen verlief meist reibungslos. Erschwert ist der Zugang für jene, die «nicht die notwendigen Geräte oder unzureichende technische Kenntnisse hatten», so Martina Flühmann vom VPOD Zürich. Diesen «Digital Gap» habe man aber gut überbrücken können, mit Support und mit Zeitfenstern zum Ausprobieren.

«Gecrashte» Sitzungen

«Wir können das alle! Die Gruppen möchten sich treffen und wir stellen die Infrastruktur»: Auch Meret Schindler, VPOD-Regionalsekretärin bei Bern Kanton, hat die Umstellung gut bewältigt. Zeitaufwendig war für alle die Suche nach dem richtigen Video-Tool für die Konferenzen. Das Programm «Zoom» bot einen einfachen Einstieg, aber im Hinblick auf den Datenschutz stellten sich Fragen. Mehr als einmal wurden offene Sitzungen gezielt von Rechtsextremem «gecrasht», also gestört. Ein Lernprozess: Künftig werden Zugangsdaten nicht mehr veröffentlicht, sondern erst nach einem Anmeldeverfahren gezielt den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt.

Auch Salome Schärer vom VPOD-NGO zieht eine positive Zwischenbilanz der neuen Art von Gewerkschaftsarbeit: «Ich bin beeindruckt, dass wir trotzdem sehr vieles weitermachen konnten.» Ganz zu ersetzen vermögen Videositzungen den Live-Austausch nicht: «Es wird deutlich, dass ein beachtlicher Teil der Kommunikation eben nicht über die Sprache läuft. Gestik, Mimik und Körperhaltung sind im Video einfach limitiert.»

Alle sind sich einig: Videocalls können zwar den Austausch und die Kommunikation in Zeiten des Physical Distancing aufrechterhalten, aber etwas fehlt trotzdem: die Begegnung mit den Kolleginnen und Kollegen, das informelle Gespräch an der Kaffeemaschine oder am Kopiergerät. Und nicht alles wurde digitalisiert: Das sozialpartnerschaftliche Gespräch fand nicht durchwegs per Video statt, oft war ein physischer Austausch notwendig und gewollt. Dieser fand dann unter BAG-Richtlinien statt: Masken, Desinfektionsmöglichkeiten, Mindestabstand von 2 Metern.

1. Mai mit Fragen

Auch das grösste Fest der Arbeiterbewegung verlief dieses Jahr anders als sonst: Tag der Arbeit in einer Zeit, in der Solidarität gefragt ist und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte auf dem Spiel stehen. Viele spürten da die Dringlichkeit, etwas zu tun. Und zwar nicht nur digital am Bildschirm. So gab es an vielen Orten Aktionen auf Balkonen, Transparente an Fassaden und Lärmkonzerte. Dass gegen diese BAG-konforme Meinungsäusserung im öffentlichen Raum mancherorts so stark vorgegangen wurde, wirft auch für uns Fragen auf.

Die Schulen sind wieder offen, die Kitas werden «hochgefahren»

Gleichung mit vielen Unbekannten

«Das ist von Kanton zu Kanton verschieden»: Die alte Regel des Föderalismus gilt auch, wenn es um die Öffnung der Schulen und um den Umgang mit Kitas in Corona-Zeiten geht. Der VPOD verlangt, dass alles angewandt wird, was praktikabel ist und Schutz vor Ansteckung bietet. | **Text:** *Christine Flitner, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: aremac/photocase.de)*

Von den einen sehnlich erwartet, von den anderen mit grössten Bedenken durchlitten: Die Wiedereröffnung der Schulen und das «Hochfahren» der Kinderbetreuung hat in der ganzen Schweiz die unterschiedlichsten Emotionen ausgelöst, und fast jede Einzelheit war und ist umstritten. Halb- oder Ganzklassenunterricht? Schrittweise oder alle auf einmal? Noten oder keine? Abschlussprüfungen oder Erfahrungsnoten? Abstand oder Masken? Alles wurde und wird diskutiert, und jeder Kanton hat eigene Lösungen gefunden.

Fehlendes Wissen

Einigkeit, zumindest vordergründig, herrscht nur in der Frage, dass alle Beteiligten bestmöglich geschützt werden müssen. Darauf, wie das aussehen soll, gibt es nach wie vor keine klaren Antworten, ganz einfach weil bisher das Wissen fehlt und auch noch eine ganze Weile fehlen wird. Darauf müssen wir uns einstellen. Allen Beteiligten in Kitas und Schulen ist klar, dass 2 Meter Abstand in der Arbeit mit Kindern nicht eingehalten werden können. Von älteren Kindern kann man erwarten, dass sie die Distanz zu den Erwachsenen beachten. Einem Kindergartenkind beim Zuknöpfen der Jacke zu helfen oder Essen zu geben, ohne ihm nahe zu kommen, ist aber nicht möglich und wäre auch pädagogisch fragwürdig.

Entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Fachleute und des VPOD wurde die Beschränkung der Gruppengrössen in Kitas vom Bundesamt für Gesundheit inzwischen aufgehoben. Umso wichtiger ist die Einhaltung weiterer Schutzmassnahmen. Der VPOD fordert, dass sie konsequent umgesetzt werden. In Kitas und Schulhorten muss weiterhin in fest zusammengesetzten Kleingruppen gearbeitet werden, mit möglichst wenig Wechseln beim Personal und bei den Kindern.

Wo die Gruppen wieder vergrössert werden, muss die Raumsituation überprüft werden: Die Erwachsenen müssen untereinander und bei der Betreuung von grösseren Kindern auch zu diesen den nötigen Abstand einhalten können. Es muss ausreichend Material zur Umsetzung der Hygienemassnahmen zur Verfügung gestellt werden: Seife, Desinfektionsmittel, Schutzmasken für Notfälle (erkrankte Personen) sowie Schutzmasken für Personen, welche mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit kommen. Die sanitären Einrichtungen müssen eventuell ausgebaut werden – es braucht eine ausreichende Anzahl von gut zugänglichen Waschbecken.

Zusätzlich reinigen, mehr Tests

Das Reinigungspersonal in Kitas, Horten und Schulen muss aufgestockt werden, damit Reinigung und Desinfektion häufiger stattfinden können. Die zusätzlich notwendigen Reinigungsarbeiten können (aus Zeitgründen) nicht vom pädagogischen Personal erledigt werden. Für besonders gefährdete Personen gilt weiterhin: Sie sollen zuhause arbeiten. Falls das nicht möglich ist, muss ihr Schutz gewährleistet sein, sonst müssen sie freigestellt werden. Da in der direkten Arbeit mit Kita-Kindern die Abstandsregeln grundsätzlich nicht eingehalten werden können, dürfen gefährdete Personen diese Arbeiten nicht machen. Der Lohn muss bis zum Ende der Pandemie über Kurzarbeitsentschädigung fortgezahlt werden. Das gleiche gilt für Personen, welche mit einer besonders gefährdeten Person im gleichen Haushalt leben.

Personen, die trotz ihrer Vorerkrankung arbeiten wollen (etwa mit einem medikamentös gut eingestellten Bluthochdruck), müssen das Recht haben, jederzeit von dieser Entscheidung zurückzutreten, wenn sie ihre persönliche Situation wieder anders einschätzen. Alle Betreuungs- und Lehrpersonen, die das wünschen, sollen sich kostenfrei testen lassen können. Die Tests müssen von Unfallversicherung oder durch den Kanton finanziert werden.

In den Schulen braucht es bessere Reinigung und mehr Tests.

Unverzichtbar

Nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die vorschulische und schulergänzende Kinderbetreuung für das alltägliche Funktionieren einer modernen Gesellschaft unverzichtbar ist. Es ist daher höchste Zeit, sie endlich auf eine solide gesetzliche und finanzielle Basis zu stellen. VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber hat dazu in der Sondersession vom Mai eine Parlamentarische Initiative eingereicht. Sie verlangt, dass die familien- und schulergänzende Betreuung künftig unentgeltlich als Teil des Service public ab Ende des gesetzlichen Mutterschaftsurlaubs bis Ende Volksschule allen Kindern zur Verfügung steht. Damit auch die Schweiz endlich den Schritt ins 21. Jahrhundert schafft. | *Christine Flitner*

Der öffentliche Verkehr wird durch die Corona-Krise schwere finanzielle Einbussen erleiden

Aber bitte mit Maske

Das Coronavirus macht auch dem öffentlichen Verkehr zu schaffen. Die Ausfälle werden kaum zu kompensieren sein. Aus Sicht der Beschäftigten wäre jetzt die Zeit für eine Maskenpflicht.

| **Text:** *Kurt Altenburger, VPOD-Zentralsekretär (Foto: Ennio Leanza/Keystone)*

Das neuartige Coronavirus hat auch den öffentlichen Verkehr erfasst. Am 16. März kam der Lockdown; der Bundesrat forderte die Bevölkerung auf, zuhause zu bleiben und unnötige Fahrten mit dem öffentlichen Verkehr zu vermeiden. So wurde das öV-Angebot wegen der stark gesunkenen Nachfrage ab Mitte März schrittweise reduziert. Abgestimmt auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben, konnte der Verkehr dann im Einklang mit den Lockerungen ab Ende April schrittweise wieder hochgefahren werden.

Hohe Defizite in Sicht

Wirtschaftlich sieht es für die öV-Branche trotzdem düster aus. Während mehrerer Wochen fehlten 80 bis 90 Prozent der Einnahmen, was in der Rechnung 2020 zu hohen Defiziten führen wird. Weil die Transportunternehmen von Gesetzes wegen bei den bestellten Leistungen keine Gewinne anstreben dürfen, werden sie kaum in der Lage sein, die Einnahmenausfälle nachträglich zu kompensieren.

Eigentlich hätte es in dieser Sondersituation einer pragmatischen und einfachen Lösung bedurft. Aber weit gefehlt: Zunächst forderte das Bundesamt für Verkehr (BAV) die öV-Branche explizit dazu auf, bei den kantonalen Amtsstellen eine Anmeldung für Kurzarbeit einzureichen. Jedes einzelne Unternehmen musste sich mit beträchtlichem administrativem Aufwand mit dem jeweiligen kantonalen Wirtschaftsamt darüber auseinandersetzen. Dann liess das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco verlauten, dass öV-Unternehmen sowieso keinen Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung hätten, und erliess entsprechende Verfügungen. Es wäre längst an der Zeit, dass der Zwist zwischen den Bundesämtern geklärt wird, so dass eine pragmatische Lösung für die öV-Branche möglich wird.

Die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie für den öffentlichen Verkehr müssen aufgearbeitet und abgefedert werden. Eine dringliche Botschaft für die Herbstsession des Eidgenössischen Parlaments ist in Ausarbeitung – so dass man doch noch auf eine vernünftige Branchenlösung hoffen kann.

Empfehlung ist zu wenig

Derzeit erhitzt das Thema «Masken» die Gemüter der Kundschaft und des Personals im öffentlichen Verkehr. Damit die Reisenden und die Mitarbeitenden auch bei wieder zunehmender öV-Nutzung vor Ansteckungen geschützt bleiben, wurde ein Schutzkonzept mit verschiedenen Massnahmen erarbeitet. Aus Sicht der Mitarbeitenden greift die blosse Empfehlung an die Fahrgäste, in Stosszeiten eine Schutzmaske zu tragen, allerdings zu kurz. Nur eine generelle Maskentragpflicht wäre eine konsequente Massnahme für den Schutz der Reisenden und der Mitarbeitenden.

Auch der VPOD Zürich wirbt für mehr Masken im öffentlichen Verkehr: Er hat an einem Werktagmorgen zwischen 7 und 8 Uhr am Bahnhof Wiedikon Masken verteilt, die von einer grossen Mehrheit der Fahrgäste dankend angenommen wurden. Mit der Aktion wird Kritik am kantonalen Schutzkonzept geübt: «Die dringende Empfehlung von Kanton und ZVV bleibt Makulatur, solange der Aufwand für den Erwerb von Masken zu gross ist», stellt der VPOD Zürich fest. Zumindest in der ersten Lockerungsphase müsse der Kanton die Masken kostenlos abgeben, so die Forderung. | *vpod*

Schutz wieder da

Endlich: Der Bundesrat hat die zwischenzeitlich sistierten Arbeitsschutzbestimmungen fürs Spitalpersonal wieder in Kraft gesetzt. Vor zwei Monaten, am Anfang der Corona-Pandemie, hatte er die minimalen Bestimmungen hinsichtlich Pausen und Ruhezeiten aufgehoben – mit einer Hüftschussverordnung, die mit den Gewerkschaften in keiner Weise abgestimmt war. Der VPOD stellte sich von Anfang auf den Standpunkt, dass man eine Pandemie nicht damit bewältigt, dass man die am direktesten betroffene Berufsgruppe opfert. 80 000 Personen unterschrieben den dringenden Appell. Seit Anfang Juni ist das bisherige Recht wieder in Kraft. Als Abgeltung für die beträchtlichen Gesundheits-risiken fordert der VPOD eine Sonderprämie fürs Gesundheitspersonal. | *vpod*

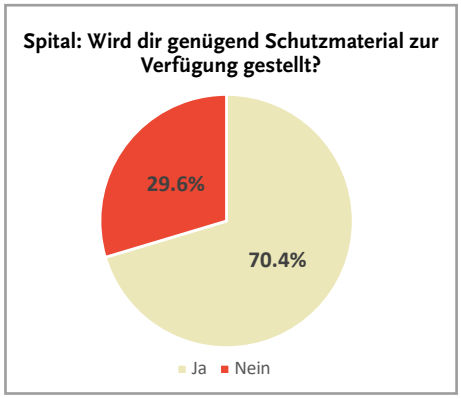
Pflicht statt Empfehlung: Der VPOD will mehr Masken in Tram und Bus.

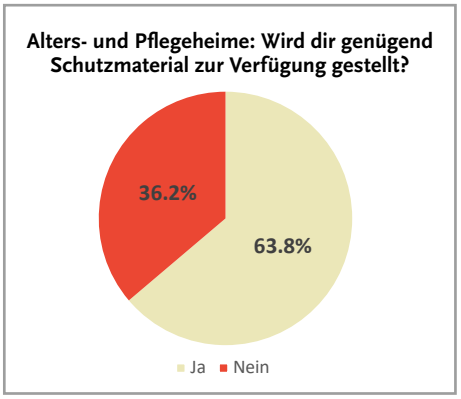
Umfrage des VPOD im Gesundheits- und Sozialbereich zeigt schwere Versäumnisse

Die grosse Abwälzung

1400 Personen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich sowie aus Kitas haben bei der VPOD-Corona-Umfrage mitgemacht. Fazit: Das Ausmass des Materialmangels war am Anfang der Krise teilweise dramatisch. Es braucht mehr Schutz! | Text: *Christine Flitner und Christoph Schlatter, VPOD-Zentralsekretariat*

Der Schutzmaterialmangel wurde in den Medien ausgiebig thematisiert. Die VPOD-Umfrage zeigt das Ausmass der Unterversorgung: 36 Prozent der Angestellten in Alters- und Pflegeheimen und ebenso viele in der Kinderbetreuung beklagen einen Mangel an Schutzmaterial; auch in der Psychiatrie (35 Prozent) und in der Reha (34 Prozent) wurde das Problem von mehr als einem Drittel genannt. Mit je 30 Prozent Nennungen ist die Knappheit auch in den Spitälern und im Sozialbereich enorm. Sie gefährdet die Beschäftigten massiv, denn 30 Prozent der befragten Mitglieder gaben an, bei der Arbeit Kontakt mit Covid-19-Patientinnen und -Patienten zu haben.





In den Spitälern, besonders aber in Alters- und Pflegeheimen fehlten Masken.

Wer kümmert sich?

Für die Kitas und die übrigen Felder des Sozialbereichs gilt: Beratung lässt sich vielleicht per Telefon oder Video realisieren – Betreuung aber braucht Nähe. 2 Meter Distanz sind oft nicht realistisch. Vor allem in den ersten Wochen gab es auch im Sozialbereich kein oder zu wenig Schutzmaterial, geschweige denn Know-how über den richtigen Umgang damit. Auch für die Aufgabe, Schutzkonzepte zu erarbeiten, fehlte es am nötigen Support, wie es diese Aussage einer Mitarbeiterin illustriert: «Die Leitung interessiert sich nicht für uns. Sie hat nicht einmal nachgefragt. Im Gegenteil, die Umsetzung des von uns erarbeiteten Krisenszenarios hat sie uns zuerst untersagt, anschliessend und nach vielen Rechtfertigungen teilweise umsetzen lassen. Schutzmaterial gehört jedoch nicht dazu…»

Kurz: Die schwierige Abwägung zwischen dem Schutz der eigenen Gesundheit und der Sorge um Klientinnen und Klienten wird noch immer zu häufig auf die einzelne Mitarbeiterin abgewälzt. Dies gilt auch für die Kitas, wo viele Befragte unklare, widersprüchliche oder fehlende Regelungen beklagen: «Das Umsetzen bestmöglichster Massnahmen bei der Betreuung wurde uns selbst überlassen. Da hätte ich mehr Vorschläge von der Leitung erwartet.» In der Folge fühlen sich viele Mitarbeitende nicht ausreichend geschützt oder regelrecht «ausgeliefert».

Die Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialbereich haben sich durch Corona geändert, weil an einigen Orten plötzlich zu viel, an anderen zu wenig Arbeit vorhanden ist. 17 Prozent aller Befragten gaben an, Minusstunden aufhäufen zu müssen (obwohl das gesetzlich ausdrücklich nicht vorgesehen ist), während von 15 Prozent Überstunden verlangt werden. 7 Prozent waren mit einem Ferienverbot konfrontiert, 6 Prozent gaben an, neu in 12-Stunden-Schichten arbeiten zu müssen. Der VPOD steht solchen Schichten aus Gründen des Gesundheitsschutzes sehr kritisch gegenüber; die Forderung nach Rückkehr zum vorherigen Schutzniveau hat der Bundesrat jetzt endlich erhört. Auch im Zusammenhang mit zusätzlichen Aufgaben gilt: Nach der Krise müssen solche Änderungen in den Pflichtenheften wieder rückgängig gemacht – oder neu und ordentlich vereinbart und abgegolten – werden.

Mehr als zwei Drittel: Keine Betreuungsprobleme, da kinderlos.

Die meisten sind kinderlos

Ein auf den ersten Blick erstaunliches Resultat: Über zwei Drittel aus dem Gesundheits- und Sozialbereich gaben an, mit der Kinderbetreuung kein Problem zu haben – da kinderlos. Mag sein, dass Kinderlose etwas häufiger an der Umfrage teilgenommen haben als Leute mit Kindern. Trotzdem liegt die Vermutung auf der Hand, dass die professionelle Betreuungstätigkeit zumal in der Corona-Krise kaum mit familiären Betreuungsaufgaben vereinbar ist: wegen inkompatibler Arbeitszeiten, niedriger Löhne und fehlender Anerkennung bei gleichzeitig hoher psychischer und physischer Belastung. Der VPOD fordert Massnahmen, damit auch Leute mit Familie wieder in Pflege und Betreuung arbeiten können: planbare Arbeitszeiten, fixe Schichtpläne, bezahlte Eltern- und Betreuungsurlaube, generell ausreichende Betreuungsschlüssel. Damit auch langjähriges Arbeiten ohne Erschöpfungssymptome möglich ist.

Ein gutes Jahr nach dem Frauenstreik tritt eine zahnlose Änderung des Gleichstellungsgesetzes in Kraft

Kosmetische Lohnkontröllchen

Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden müssen bis Ende Juni 2021 eine Lohngleichheitsanalyse durchführen. Mit den Forderungen des Frauenstreiks hat das nichts zu tun: Das Gesetz ist zahnlos. Vielleicht lässt sich damit trotzdem etwas erreichen. | Text: *Christine Flitner, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: smilingworld/iStock)*

Die Änderung des Gleichstellungsgesetzes, die am 1. Juli in Kraft tritt, betrifft nur 0,9 Prozent der Unternehmen, in denen 46 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Schweiz arbeiten. Die Lohngleichheitsanalyse, zu der diese Firmen verpflichtet sind, muss mit einem anerkannten Instrument durchgeführt und durch eine unabhängige Stelle überprüft werden; die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen über das Ergebnis informiert werden.

Das Gesetz hat viele Schwachstellen, gegen welche sich die Gewerkschaften umsonst gewehrt haben: Die Nichteinhaltung der Lohngleichheit hat keinerlei Sanktionen zur Folge. Die Überprüfung ist nur einmalig vorgesehen und muss nach 4 Jahren nur dann wiederholt werden, wenn das erste Ergebnis eine übermässige Lohndifferenz zeigt. Das Resultat muss nur beschränkt offengelegt werden, und die Gültigkeitsdauer des Gesetzes ist auf 12 Jahre beschränkt. Es ist also mehr oder weniger zahnlos. Dennoch können die Gewerkschaften bei der Umsetzung eine gewisse Rolle spielen.

Die Lohngleichheitsanalysen müssen überprüft werden. Das kann durch unabhängige Revisorinnen und Revisoren geschehen oder durch Gewerkschaften oder Arbeitnehmervertretungen gemäss Mitwirkungsgesetz. Die Überprüfung durch die Revision bezieht sich ausschliesslich auf die formalen Aspekte: Falls ein anderes System als Logib verwendet wurde, sind Wissenschaftlichkeit und Rechtskonformität des Analyseinstruments zu prüfen. Ausserdem muss gecheckt werden, ob die Daten und insbesondere die Lohnbestandteile vollständig erfasst sind und ob die erhobene Zahl der Arbeitnehmenden mit den Tatsachen übereinstimmt.

Zwei Zeilen interessieren

Das Ergebnis einer Logib-Überprüfung ist ein sogenanntes Fazitblatt, an dem für die meisten Arbeitgeber nur zwei Zeilen von Interesse sind: «Frauen verdienen unter sonst gleichen Voraussetzungen x,y Prozent weniger. Die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann im engeren Sinne ist eingehalten/ist nicht eingehalten.» Dabei sagt diese Zahl ohne weitere Hintergrundinformationen nur begrenzt etwas über die realen Lohnverhältnisse im Betrieb aus. Insbesondere die Frage, wie und mit welchen Begründungen die einzelnen Funktionen im Betrieb bewertet und eingereiht werden, ist ein Einfallstor für Lohndiskriminierung. Nur eine vertiefte Einsicht in die Unterlagen bringt solche Dinge an den Tag.

Einen Plan machen

Im Rahmen der Sozialpartnerschaft können weitergehende Vereinbarungen getroffen werden, etwa dass für die Überprüfung umfassendere Informationen zur Verfügung gestellt werden und dass nach Abschluss der Überprüfung je nach Ergebnis gemeinsam ein Massnahmenplan ausgearbeitet wird. Nur so ist gewährleistet, dass die Lohnüberprüfungen nicht zu einer rein kosmetischen Aktion verkommen, sondern ein echtes Instrument zur Förderung der betrieblichen Gleichstellung werden.

Die Zähne sind draussen – aber vielleicht hilft das Gesetz doch: Lohnanalysen werden Pflicht.

Öffentliche: Etwas mehr Transparenz

Die öffentlichen Arbeitgeber müssen ebenso wie die Privatunternehmen eine Lohngleichheitsanalyse vornehmen, selbst wenn sie das schon früher einmal gemacht haben – zum Beispiel im Kontext des Lohngleichheitsdialogs oder aufgrund von parlamentarischen Aufträgen. Ausgenommen von der Analysepflicht sind einzig Arbeitgeber, die im Rahmen des öffentlichen Beschaffungs- oder Subventionswesens auf die Einhaltung der Lohngleichheit im Laufe der vergangenen vier Jahre kontrolliert wurden.

Immerhin sieht das Gesetz im öffentlichen Sektor etwas mehr Transparenz vor als in privaten Unternehmen. In Art. 13i heisst es: «Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im öffentlich-rechtlichen Sektor veröffentlichen die einzelnen Ergebnisse der Lohngleichheitsanalyse und der Überprüfung.» Für den VPOD bedeutet die Neuerung, in den kommenden Wochen und Monaten in allen Sozialpartnergesprächen nachzufragen und Vereinbarungen zur gemeinsamen Durchführung der Analysen einzufordern, damit das Gesetz nicht toter Buchstabe bleibt. | *Christine Flitner*

Lange Wege: Die Umkleidefrage ist noch nicht überall geregelt.

Tiefe Löhne: 24-Stunden-Betreuerin geht vor Bundesgericht.

Basel: VPOD geht vor Bundesgericht

Der Fall einer Basler 24-Stunden-Betreuerin kommt vor Bundesgericht. Dies hat VPOD-Regionalsekretärin Vanessa von Bothmer angekündigt, nachdem das Verwaltungsgericht des Kantons Basel-Stadt die Beschwerde abgewiesen hatte. Im fraglichen Fall stritt sich die Arbeitnehmerin zunächst mit dem Arbeitsinspektorat und dann mit dem Departement für Wirtschaft, Umwelt und Soziales über Höchstarbeits- und Ruhezeitvorschriften. Das Verwaltungsgericht beschied nun, das Arbeitsgesetz könne im Privathaushalt gar nicht angewandt werden, weil Kontrollen einen unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre darstellen würden. Eine absurde Begründung: Mit der gleichen Logik könnte man auch die Anwendung des Strafgesetzes für die Privatwohnung ausschliessen; Mord oder Vergewaltigung wären dann in den eigenen vier Wänden erlaubt. Von Bothmer spricht von einer Aushöhlung des Arbeitsgesetzes: Wo Arbeitsstunden gar nicht erst gemessen werden, ist der Willkür Tür und Tor offen. – Der VPOD zieht vor Bundesgericht. | *slt (Foto: KatarzynaBialasiewicz/iStock)*

Bern: Mehr Lohn in der Langzeitpflege

Der in der Deutschschweiz einzigartige GAV Langzeitpflege im Kanton Bern wirkt sich positiv auf die Arbeitsbedingungen aus. Seit 1. April gibt es in den angeschlossenen Institutionen durchschnittlich 0,9 Prozent mehr Lohn. Ausserdem wurde eine Lösung für die Umkleidezeit gefunden: Es wird eine monatliche Inkonvenienzzulage von 50 Franken (bei Vollzeit; × 12) an alle jene ausgerichtet, die sich vor Dienstbeginn auf Anweisung des Arbeitgebers im Betrieb und ausserhalb der Arbeitszeit umkleiden müssen. Diese Massnahme stellt ein zusätzliches Lohnsummenwachstum von rund 1 Prozent dar. «Im Bereich der Langzeitpflege ist dies die erste kantonsweite Lösung in der Schweiz, in der die Sozialpartner gemeinsam eine attraktive und praktikable Regelung für die Abgeltung der Umkleidezeit vereinbart haben», unterstreichen die Sozialpartner. | *vpod*

Sonderleistungen abgelten in der Waadt…

Die Personalverbände aus dem Gesundheits- und Sozialbereich im Kanton Waadt, darunter der VPOD, haben von den Dachverbänden und von Staatsrätin Rebecca Ruiz (SP) eine Covid-19-Prämie für alle Mitarbeitenden unter dem Gesundheits-Gesamtarbeitsvertrag «San» gefordert. Vorgeschlagen ist ein Zusatzbeitrag von 2500 Franken je Krisenmonat. Es sei an der Zeit, dem Personal «nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu danken». Die Verbände weisen auf die weiterhin hohe Belastung in den Alters- und Pflegeheimen hin. Die Kosten für Tests bei Personal und Bewohnerschaft müssten durch die Unfallversicherung übernommen werden, fordern sie. Für geleistete Überstunden und für Überstundenabbau braucht es personalfreundliche Lösungen. Sobald sich die Lage entspannt, ist aus Sicht der Verbände eine Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen unabdingbar. | *vpod*

…und in Zürich

Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen – das fordert auch der VPOD Zürich mit einem Offenen Brief an Regierungsrätin Natalie Rickli (SVP) und die Betriebe. Zu den generellen Vorschlägen gehören ein übergreifender Rahmen-GAV sowie – als Voraussetzung für kantonale Zuschüsse – ein Betriebs-GAV. Daneben will der VPOD auch die Sonderleistungen während der Corona-Krise honoriert sehen, und zwar mit einem Bonus von 1500 Franken sowie einer zusätzlichen Woche Ferien. Der Brief ist im Mai mit 2291 Unterschriften eingereicht worden. | *vpod*

Basel: Grobe Missstände

Die Umfrage zum Thema «Umkleiden ist Arbeitszeit» des VPOD Region Basel hat grobe Missstände in den Spitälern der beiden Halbkantone ans Licht gebracht. Die Frage der Umkleidezeit sei lediglich die Spitze des Eisbergs, schreibt der VPOD: «Zusammen mit der restlichen nicht erfassten Arbeitszeit wird den Mitarbeitenden jährlich eine Zeitgutschrift oder Lohn von bis zu einem Monat vorenthalten.» Der VPOD fordert eine Umsetzung des Arbeitsgesetzes, welche nicht auf Kosten des Personals geht. Die Umfrage zeigt unter anderem, dass je nach Betriebsgrösse ein sehr unterschiedlicher Zeitaufwand fürs Umkleiden und den Weg von der Garderobe zum Arbeitsplatz anfällt. Die Mehrheit der Befragten spricht sich daher für eine Abgeltung des realen Zeitaufwands aus. | *vpod (Foto: kzenon/iStock)*

Vier VPOD-Sekretärinnen und -Sekretäre im Videogespräch über Corona

«Jetzt schon an die Zeit danach denken»

Luftverkehr: am Boden. Spitäler: am Anschlag. Das *VPOD-Magazin* bestellte VPOD-Profis unterschiedlicher Ausrichtung zum Gespräch über die Corona-Krise. Wie kommen wir da wieder raus? Können wir was lernen? Und welche Rezepte helfen gegen die drohende Rezession. | **Aufzeichnung:** *Christoph Schlatter (Pop-Art-Effekt: Isabelle Delap)*

1. Rückschau

Ich weiss nicht, ob wir das Gröbste hinter uns haben. Hoffen wir es! Und wagen wir einen ersten Blick zurück: Welches war für euch die einschneidendste, die dramatischste Erfahrung in diesen ersten Wochen mit Corona und dem Lockdown?

Elvira Wiegers: Im Gesundheitsbereich wurden wir in kürzester Zeit richtiggehend geflutet von Anfragen – Verzweifelte auf allen Kanälen, weil es zu wenig Schutzmaterial gab, weil unumsetzbare und unlogische Regelungen bestanden, weil Vorgesetzte überfordert waren, weil Kommunikation nicht stattfand. Die Sistierung der Schutzbestimmungen des Arbeitsgesetzes für das Gesundheitspersonal war ein weiterer Tiefschlag.

Stefan Brülisauer: Natürlich ist der Gesundheitsbereich speziell betroffen. Dort stand und steht direkt die Gesundheit, das Leben der Mitarbeitenden auf dem Spiel. Bei uns am Flughafen ging es in erster Linie «nur» um die Arbeitsplätze. Das Schlimmste für uns war, als die Grenzen geschlossen wurden. Unser Beruf lebt von der Bewegungsfreiheit. Und je länger diese so massiv eingeschränkt wird, um so grösser wird das Risiko von Massenentlassungen. Je nachdem werden wir mit 20, 30 Prozent weniger Personal aus der Krise gehen.

Silvia Dell'Aquila, VPOD-Regionalsekretärin Aargau/Solothurn
Elvira Wiegers, VPOD-Zentralsekretärin Gesundheit
Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär
Stefan Brülisauer, Sekretär VPOD Luftverkehr

> *Wir wurden richtiggehend geflutet mit Anfragen Verzweifelter.*
>
> *Elvira Wiegers*

Das zeigt: Es gibt in den Branchen sehr unterschiedliche Betroffenheiten. Die Aargauer Regionalsekretärin und der Generalsekretär kennen die ganze Breite unseres Verbandes.

Silvia Dell'Aquila: Die Situation in den Spitälern war schlimm. Als fast noch gravierender habe ich jedoch die Verhältnisse in Alters- und Pflegeheimen und auch in sozialen Einrichtungen für Beeinträchtigte erlebt. Auch an diesen Orten fehlte es anfangs an allem, vor allem an Schutzmaterial. Es kam zu verzweifelten Anrufen und zu teilweise wüsten Szenen: Mitarbeitende, die Kritik äusserten, wurden vor die Tür gestellt, gar mit Hausverbot belegt. Eine zusätzliche Erschwernis lag darin, dass der Bundesrat seine Verordnung anfänglich fast täglich änderte. Auch wurden Angestellte, die in der Risikogruppe zu verorten sind, nicht ernst genommen und zu wenig geschützt.

Stefan Giger: Der Luftverkehr ist das Beispiel einer weitgehend deregulierten Branche. Es gab dennoch grosse Unterschiede zwischen der Situation in Zürich, wo eine verhältnismässig gute Abdeckung mit Gesamtarbeitsverträgen besteht, und Genf, wo der Wilde Westen in Reinkultur herrschte. Was für die Heime gesagt wurde, fand dort noch in viel grösserem Ausmass und mit viel mehr Beteiligten statt, zumal in jenen Tagen im März, als das Flugaufkommen immer noch beträchtlich war: Kein Schutzmaterial, nirgends. Niemand, der sich kümmert. Kritik wird bestraft. Es kam sogar zu einem spontanen Streikbeschluss deswegen. Der zweite Punkt, der mir zugesetzt hat, war das Auseinanderklaffen zwischen den schönen Ankündigungen, die der Bundesrat an seinen Medienkonferenzen gemacht hat, und der Realität.

> *Im Sozialbereich kam es zu wüsten Szenen – bis hin zum Hausverbot.*
>
> *Silvia Dell'Aquila*

Ein Beispiel?

Giger: Es hiess, es gebe jetzt auch Geld für Unternehmen, die Risikopersonen beschäftigen – dafür, dass diese nicht mehr zur Arbeit kommen können oder dürfen. Die EO zahlt aber nur im Quarantänefall – also dann, wenn ein Kontakt mit Infizierten oder Verdächtigen stattgefunden hat. Angehörige der Risikogruppen sollen aber *vorsorglich* daheimbleiben. Womit ihr

Ausfall durch die EO nicht abgedeckt ist, was manche Arbeitgeber zur Überlegung führt, solche Personen am besten gleich zu entlassen. Auch zu vielen anderen Fragen gab es von Seiten des Seco problematische und teilweise widersprüchliche Auskünfte, auch bestehende Grundlagen wurden unterschiedlich ausgelegt.

2. Das Geld

Damit sind wir bei den Massnahmen, die der Bundesrat mit Notrecht – oder in der «ausserordentlichen Lage», wie es etwas beschönigend heisst – in Kraft gesetzt hat. Welche davon waren gut, welche falsch? Zu den falschen gehört aus unserer Sicht sicher die Sistierung des Arbeitsgesetzes im Gesundheitswesen …

Wiegers: …die ohne jede Absprache mit den Gewerkschaften erfolgt ist. Wir haben die Massnahme von allem Anfang an als nicht zielführend kritisiert – denn mit übermüdetem, von viel zu langen Schichten ausgezehrtem Personal lässt sich die Corona-Krise sicher nicht bewältigen. Und erst recht quer in der Landschaft steht diese Aufhebung von Schutzbestimmungen, seitdem wir uns in den Spitälern wieder dem Normalbetrieb nähern. Jetzt endlich ist der Bundesrat eingeschwenkt und hat die unselige Sistierung per Juni aufgehoben. Es bleibt aber die Empörung darüber, dass man ausgerechnet den in der Krise zentralen Berufsgruppen ihre Rechte per Federstrich aberkennt.

Je länger die Grenzen zu sind, umso eher kommt es zu Massenentlassungen.

Stefan Brülisauer

Auch die Frage der Risikopersonen war lang sehr unbefriedigend gelöst: Dürfen sie zuhause bleiben, müssen sie zur Arbeit?

Wiegers: Hier hat der Bundesrat mehrere Kehrtwendungen gemacht. Jetzt beruht der Einsatz von Menschen mit Vorerkrankungen auf Freiwilligkeit, sie besitzen ein Vetorecht, wenn sie eine Gefahr für ihre Gesundheit befürchten. Der Druck auf diese Beschäftigten bleibt aber hoch. Wer entlassen wird, findet schwerlich einen neuen Job, also werden sich viele hüten, sich allzu sehr mit dem Chef anzulegen. Auch ein potenzieller neuer Arbeitgeber wird niemanden einstellen, der dann womöglich doch nicht zur Arbeit kommt.

Ich stelle mir vor, dass immerhin die Kurzarbeit eine unbestrittene Massnahme ist, deren Loblied wir hier singen können.

Zumal wenn wir die Schweiz etwa mit den USA vergleichen, wo man dieses Instrument nicht kennt und wo in kürzester Zeit 20, 30 Millionen auf der Strasse stehen.

Brülisauer: Viel zu singen gibt es aus meiner Sicht nicht. Es war zu vieles unklar: Wer zahlt die Quarantäne, was passiert mit jenen, die heimgeschickt wurden, dürfen Asthmapatienten jetzt der Arbeit fernbleiben, kriegen sie dennoch Lohn? Jede Pressekonferenz des Bundesrates vergrösserte die Verwirrung zusätzlich. Gewiss, es handelte sich um eine unvorhergesehene und nie dagewesene Situation, mit der auch die beste Bürokratie der Welt notgedrungen überfordert ist. Aber wie es der Generalsekretär schon angedeutet hat: Mit unseren GAV-Firmen haben wir sozialpartnerschaftliche Lösungen etablieren können, meist ganz ohne den Staat. Wer in einem Unternehmen ohne GAV arbeitet, hat viel schlechtere Karten und steht im Regen, trotz den Hilfsmassnahmen.

Es müsste langsam den Letzten klar sein, wie unverzichtbar wir sind.

Elvira Wiegers

Dell'Aquila: Die Problematik der Finanzierung ist auch in den Gesundheitsinstitutionen, namentlich in den Spitälern, virulent. Vielerorts wurden die Beschäftigten angehalten, Minusstunden aufzutürmen, die sie später nacharbeiten sollen – eine klar illegale Praxis. Der Streit darüber, ob auch Spitäler Kurzarbeit anwenden können, zeigt meiner Ansicht nach, wohin uns die Ökonomisierung des Gesundheitswesens geführt hat. In meiner Logik ist es der Staat, der die krisenbedingten Löcher stopfen muss. Und es scheint mir absurd, dass Lohnabhängige via ALV Kurzarbeit für die Angestellten von Einrichtungen bezahlen sollen, die Besitz der Kantone sind. Das muss die Allgemeinheit schultern.

Die Realität hatte mit den Ankündigungen des Bundesrats oft wenig zu tun.

Stefan Giger

Giger: Wir haben bei der Anwendbarkeit der Kurzarbeit eine unklare Situation. Die Ansicht, dass der Kanton in der Pflicht steht und die Defizitdeckung übernehmen muss, ist in sich logisch. Allerdings ergeben sich daraus auch ein paar Probleme. Denn die Wahrnehmung dieser Aufgabe als Grundversorger ist bei den Kantonen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Der Aargau etwa betrachtet seine Spitäler vorab als Milchkühe, will Dividenden, verlangt überrissene Mieten – und wenn's ein Problem gibt, will er nicht zahlen. Der Kanton Bern – um ein positives Beispiel zu nennen – hat zugesichert, dass er die krisenbedingten Kosten übernimmt. Insbesondere bei Alters- und Pflegeheimen funktioniert aber auch das nicht – da springt der Kanton nicht ein, ebenso wenig die EO. Wer also stopft die Löcher? Das Seco stellt sich auf den Standpunkt, dass subventionierte Institutionen keinen Anspruch auf EO und Kurzarbeit haben. Das führt dann zur absurden Konstellation, dass ein kantona-

les Spital mit umfassendem Leistungsauftrag leer ausgeht. Daneben stehen die profitorientierten Rosinenpicker wie Genolier und Hirslanden und machen die hohle Hand.

Dell'Aquila: Gesundheit ist Service public, also steht der Staat in der Pflicht. So müssen wir diesen Diskurs drehen.

Wiegers: Ja, denn es müsste ja jetzt langsam der und dem Letzten klar sein, wie systemrelevant und unverzichtbar wir sind. Und jetzt hören wir von Abgründen und schwarzen Löchern bei der Finanzierung in der Krise. Diese Schieflage müssen wir aufzeigen. Und unterstreichen, dass beispielsweise ein Gesundheitssystem, das auch in schwierigen Zeiten noch funktioniert, etwas kostet. Und dass es uns das wert sein muss. Denn da kommt noch etwas auf uns zu…

Die Sonderlasten des Gesundheitspersonals müssen abgegolten werden.

Elvira Wiegers

3. Konfliktlinien

…worauf wir im letzten Teil des Gesprächs zu sprechen kommen werden. Zunächst möchte ich noch zwei Konfliktlinien mit euch anschauen. Zuerst: Was macht Corona mit den Generationen? Ich formuliere das mal etwas zynisch: Die Jungen, die eh schon den Alten ihre viel zu hohen Renten zahlen, systemwidrig auch in der zweiten Säule, müssen sich jetzt grad nochmals für die Alten opfern, ihr ganzes Sozialleben einstellen – auf dass die Alten *noch* länger leben…

Dell'Aquila: Sicher gibt es hier einen gewissen Konflikt, der sich durch Corona womöglich noch akzentuiert. Die junge Selbständige muss ihren Laden schliessen und zuschauen, wie viele Ältere sich um Distanzregeln foutieren. Umgekehrt gibt es auch unsolidarisches Verhalten von Jungen.

Brülisauer: Dieser Diskurs scheint mir nicht hilfreich. In unserer Gesellschaft nehmen wir immer nur begrenzt Rücksicht auf andere. Wird etwa verboten, die Wiesen zu mähen, nur weil einzelne Heuschnupfen haben? Das mag eine schräge Analogie sein – aber die Risiken sind nun mal ungleich verteilt. In vielen Bereichen nehmen wir das ohne Wimpernzucken hin. Wir sollten da wieder auf ein rationales Level kommen und mit gleichen Ellen messen.

Wiegers: Der Lockdown hatte doch insbesondere auch zum Ziel, das Gesundheitssystem vor einem Kollaps zu bewahren. Wenn es das «verjagt» hätte, dann hätte das auf alle zurückgeschlagen – auch auf die Jungen.

Auch die Genderbetrachtung wird anhand der Krise gern angewandt. Der Ökonom Reiner Eichenberger hat von einer Vierfachbelastung der Frauen gesprochen: Haushalt, Homeoffice, Homeschooling

– plus auch noch die Männer zuhause aushalten … Andererseits sind die Männer offensichtlich ärmer dran, wenn Corona sie erwischt: Sie sterben häufiger.

Dell'Aquila: Der Geschlechteraspekt ist sehr wichtig. Die sogenannt Systemrelevanten sind ja zum überwiegenden Teil Frauen. Die Pflegerinnen, die Verkäuferinnen, sie sind es, die unser Land am Leben halten. Und auch daheim: Wer sorgt dafür, dass der Karren läuft? Im Augenblick nehme ich ein Narrativ wahr, das besagt: Wiedermal Schwein gehabt, die ganz grosse Katastrophe ging an uns vorbei, der Bundesrat hat seinen Job gut gemacht, drum lasst uns jetzt schnell wieder zur Normalität zurückkehren. Und schon geht es wieder los: Hilfe, ich darf nicht nach Deutschland zum Einkaufen! Ach Gott, was wird aus meinen Malediven-Ferien! Man vergisst sehr schnell. Und es ist unsere Aufgabe, uns diesem Vergessen entgegenzustemmen. Und also auch an die Frauen zu erinnern, die uns durch die Krise geschleppt haben.

Unter Corona leiden vorab die ökonomisch Schwachen – egal welchen Geschlechts.

Stefan Brülisauer

Viele Eltern haben jetzt ja auch gemerkt, dass an der mittelprächtigen schulischen Bilanz ihrer Sprösslinge *doch* nicht die Lehrerin schuld war … Und dass «Lehrerin» womöglich tatsächlich ein *richtiger* Beruf ist …

Wiegers: Stichwort Kinderbetreuung: Die berufstätigen Mütter waren in der Krise auf weiter Flur alleingelassen. Das wird ein Nachspiel haben!

Brülisauer: Die bedeutende Rolle der Frauen in dieser Krise ist doch auch breit anerkannt. Was aber gerne ignoriert wird: Auch unter Corona leiden die ökonomisch Schwachen unabhängig von ihrem Geschlecht am meisten. Oft sind es Menschen mit Migrationshintergrund. Sie müssen ihr Geld in harten und schlecht bezahlten Berufen verdienen. Und sie sind es, die jetzt in der Krise zuerst ihren Job verlieren. Sie sind diejenigen, die – trotz Kurzarbeit – sehr bald den Gang zum Sozialamt antreten müssen, weil 80 Prozent von wenig eben sehr wenig sind. Und sie werden, wenn sie einmal aus dem System gefallen sind, nur sehr schwer überhaupt wieder einen Job finden.

4. Blick nach vorn

Langsam scheint Licht am Ende des Tunnels sichtbar zu werden; der Lockdown wird gelockert. Unserer deutschen Schwester Verdi ist es gelungen, eine Einmalprämie von 1500 Euro zum Beispiel für die Altenpflegerinnen herauszuholen, auch die Pflegenden in den Spitälern sollen Extrageld bekommen. Ist das ein gescheiter Weg oder spaltet das die Werktätigen?

Wiegers: Wir haben diese Diskussion auch hier angestossen und haben einen 14. Monatslohn als Möglichkeit ins Spiel gebracht, mit dem die Sonderlasten des Gesundheitspersonals abgegolten werden können. Wir sagen klar: Für jene, die einem ausserordentlichen und unwägbaren Gesundheitsrisiko ausgesetzt wurden, braucht es eine Anerkennung. Das Personal war – nicht nur in den Spitälern, sondern auch in den Heimen – über Wochen hinweg massiv gefährdet. Und über die Langzeitfolgen einer Covid-19-Erkrankung wissen wir derzeit noch überhaupt nichts. Es braucht hier ein klares Signal. Auch Bundesrätin Sommaruga findet das übrigens eine tolle Idee – allerdings sieht sie nicht die Politik in der Pflicht …

Giger: Dass diese Forderung uns auseinanderdividiert, sehe ich nicht. Diejenigen, die ohne

zureichenden Schutz «an die Front» geschickt wurden, sollen wenigstens eine bescheidene Abgeltung erhalten. Ich bin überzeugt, dass all jene, die von den Balkonen fürs Pflegepersonal geklatscht haben, nicht wollen, dass es mit diesem Applaus sein Bewenden hat. Es besteht mit Sicherheit ein breiter Konsens darüber, dass man diesen «Krisenmanagerinnen» und «Krisenmanagern» auch materiell Anerkennung zollen soll. Das sagt der Kollege ja sehr richtig: Überall, im Spital, am Flughafen, in Coop und Migros waren Beschäftigte überproportionalen Risiken ausgesetzt, häufig just jene, die ohnehin wenig verdienen. Dabei zeigte sich auch, wie bescheiden die Strukturen für die Kinderbetreuung in der Schweiz sind: Die Tieflöhnerin kann sich das im Zweifel gar nicht leisten. Und war dann unterm Corona-Regime doppelt und dreifach herausgefordert.

Absurd, wenn die Privatklinik Kurzarbeitsgeld bekommt, das Kantonsspital aber nicht.

Stefan Giger

Dell'Aquila: Damit bin ich vollauf einverstanden. Aber wir müssen mehr Energie ins «Nachher» stecken. Natürlich kann man über Prämien reden, ich gönne sie allen. Aber noch wichtiger ist es, dass wir die Erkenntnisse aus der Krise in den Alltag nach Corona mitnehmen. Damit wir hier in einigen Dossiers endlich mal vorankommen. Zum Beispiel: Rentenalter 60 im Gesundheitswesen – jetzt! Jetzt hat sich ja gezeigt, dass das Pflegepersonal ähnlich gefordert ist wie etwa die Männer auf dem Bau. Und das gilt zwar in dieser Krise in besonderem Mass, aber es trifft eben auch im Normalzustand zu: Das Gesundheitspersonal trägt überproportionale Lasten, die heute in keiner Weise abgegolten sind.

Das heisst: Das Eisen schmieden, solange es heiss ist. Den existierenden Goodwill ummünzen – im Wortsinn: in Geld. Diese Überlegungen gelten für einen Teil unserer Mitglieder – aber für deine Leute, Stefan Brülisauer, eher nicht. Da stellt sich eher die Frage: Was wird nach der Krise wieder auferstehen? Und was bleibt am Boden? Da gibt es ja durchaus auch Konfliktpotenzial für eine Gewerkschaft, deren Präsidentin für die Grünen im Nationalrat sitzt.

Brülisauer: Ohne Frage: Dieser gesellschaftlichen Debatte müssen wir uns stellen, egal welcher Partei unsere Präsidentin angehört. Wir müssen dabei aber auch anerkennen, dass der Luftverkehr anders als etwa die Kohleindustrie eine derzeit unverzichtbare Branche ist. Die Menschen reisen ja in den meisten Fällen nicht, weil sie grad dazu lustig sind. Sondern es ist für sie eine Notwendigkeit, sei es aus beruflichen, sei es aus familiären Gründen. Insofern wird es darum gehen, den Luftverkehr neu und nachhaltig zu denken. Konkret bedeutet die aktuelle Krise einen so massiven Einschnitt, dass wir in der nächsten Zeit für unsere Mitglieder kaum über mehr Lohn werden sprechen können. Zum Glück haben wir mit guten GAV vorgearbeitet… Aber in der nächsten Zeit wird es wohl eher um Stellenerhalt und Sozialpläne gehen. Und wenn es zu Massenentlassungen kommt: Viele aus den schlechter bezahlten Chargen am Flughafen werden es sehr schwer haben, eine neue Stelle zu finden.

Nicht vergessen: Vor allem Frauen haben uns durch die Krise getragen.

Silvia Dell'Aquila

Jetzt wird es sehr grundsätzlich. Soll die Globalisierung zurückgedreht werden? Oder nur verträglicher gestaltet? Ich höre derzeit viele Stimmen, die den aktuellen Einschnitt nutzen wollen: Die globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten sollen gar nicht erst wieder etabliert werden. Lokal und ökologisch, so lautet die Devise.

Brülisauer: Schön und gut. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass die Alternative zum Globalen das Nationale ist. Und gerade wir als fortschrittliche Kräfte können keine Rückbesinnung auf den Nationalstaat zulassen. Wir stehen als internationale Bewegung ja nicht nur für die Schweizer Arbeiterinnen und Arbeiter ein. In diese Logik dürfen wir nicht fallen. Gewiss: Es braucht in vielen Branchen – gerade in der Pharmazie und Medizinaltechnik – wieder europäische Lösungen. Aber zurückzuwollen ins patriotische Gehege – das wäre eine ziemlich dumme Idee.

Der Applaus von den Balkonen darf nicht ungehört verhallen.

Stefan Giger

Ist es aber nicht genau so gelaufen? Die Grenzen in ganz Europa gingen zu. Und Ursula von der Leyen lief mit ihren europäischen Vorschlägen ins Leere.

Giger: Nun, die Schlagbäume waren unten aus epidemiologischen Gründen. Die Waren zirkulierten weiter. Die Tomaten aus Italien kamen an. Auch die Erdbeeren, so weit der Thurgau den Bedarf nicht decken konnte. Man sollte daher kein billiges Luftverkehrsbashing betreiben: Die Maracuja kommt mit dem Flugzeug, das Schiff ist für sie zu langsam, abgesehen davon, dass es ebenfalls Dreck macht. Zudem ist die Berechnung des ökologischen Fussabdrucks alles andere als banal: Die Tomate, die in Kalabrien auf offenem Feld gewachsen ist, hat zum Beispiel eine bessere Bilanz als eine Schweizer Tomate aus dem beheizten Treibhaus. Die Probleme im Luftverkehr liegen in der Deregulierung und im damit verbundenen Dumping von Löhnen und Preisen. Werden diese Fehlentwicklungen wieder zurückgeschraubt, wird auch der Luftverkehr seinen Platz finden – sofern er ökologisch Schritt hält.

Bei den Rezepten für die Nach-Corona-Zeit sehe ich für die reiche Schweiz weniger Probleme als für die ärmeren Länder. Wir brauchen nur schon nach Italien zu blicken: Schon vor der Krise am Anschlag, vermag das Land den monatelangen Lockdown schwerlich aus eigener Kraft zu bewältigen. Und was bedeutet in-ter-na-ti-o-naleee So-li-da-ri-tääät – über die Mai-Parole hinaus?

Dell'Aquila: Ich erinnere daran, dass Italien zu den 8 wirtschaftskräftigsten Ländern der Welt gehört. Aber, richtig: Es gibt dort, und nicht nur dort, schwerwiegende strukturelle Probleme, und ich bin gespannt, ob die EU sich solidarisch zusammenrauft oder gänzlich auseinanderfällt. Die Schweiz hat ja bisher selten über ihre Grenzen hinaus gedacht, wenn es nicht gerade zu ihrem direkten Vorteil war. Natürlich besteht die Ungerechtigkeit fort, dass wir reichen Länder es uns leisten können, ganze Branchen zu subventionieren, womit wir die Wirtschaft anderswo abwürgen.

Wir werden in eine zünftige Rezession geraten für die nächsten Monate, eher Jahre. Vermutlich müssen wir die 1930er Jahre zum Vergleich heranziehen. Welches sind

denn die richtigen Instrumente, Rezepte zur Abfederung und Überwindung der ökonomischen Krise? Kommen wir weiterhin mit dem keynesianischen Kochbuch durch?

Wiegers: Im Gesundheitsbereich scheint es mir offensichtlich, dass der Weg in diese Richtung geht. Weg vom Wettbewerbsgedanken. Die Einrichtungen nicht auf ihren Finanzierungslücken sitzen lassen. Zusammenarbeit und Koordination. Und wer soll das machen, wenn nicht der Staat? Er muss investieren, investieren, investieren – auch wenn die Sparapostel schon wieder am Start sind.

Brülisauer: Ich sehe keine Alternative zur Solidarität. Ansonsten droht eine Gefahr, die wir unter dem Corona-Schock gerne etwas ausblenden: dass nämlich die Rechten durchmarschieren. Vielleicht ist in einem Jahr in Frankreich Le Pen an der Macht. Auch in anderen Ländern drohen solche Szenarien. Und *wir* stimmen im September über die Bilateralen ab. Bei einem Ja zur SVP-Initiative können wir uns von Europa verabschieden. Es geht also zugleich um die Frage, ob sich die Corona-Krise mit demokratischen Kräften meistern lässt, oder ob die Trumps und Bolsonaros als Gewinner dastehen werden. In Krisen kann alles nach rechts kippen – siehe 1930er Jahre – oder nach links …

Ich zweifle, ob aus der Krise ein Schub für mehr Nachhaltigkeit hervorgeht.

Silvia Dell'Aquila

Nationalismus statt Globalisierung ist die falsche Strategie.

Stefan Brülisauer

Dell'Aquila: Antizyklische Investitionen sind sicher immer noch das Mittel der Wahl, wenn es darum geht, eine darniederliegende Wirtschaft wieder anzukurbeln. Und auch das Ziel, ausgelagerte Bereiche wieder in staatliche Hand zu bringen, ist richtig. Aber wir Gewerkschaften sind da in einem Zielkonflikt gefangen: Kaufkraft soll steigen, Konsum gefördert werden, aber gleichzeitig muss das Klima gerettet werden. Es stimmt mich wenig optimistisch, wenn am ersten Tag der Corona-Lockerungen der Verkehr in Hunzenschwil und in Suhr kollabiert, weil McDonald's wieder offen ist. Da wird sich zeigen, ob aus der Corona-Krise ein Schub in Richtung einer nachhaltigeren Gesellschaft hervorgeht. Oder nicht. Ich fürchte: eher nicht.

Sicher ist: Es wird nicht gemütlich. Einen Augenblick lang gab es so eine Art von politischem Burgfrieden. Dann warnte schon bald die *NZZ* vor dem Seuchensozialismus. Jetzt kommt die «Gürtel enger schnallen»-Fraktion in Fahrt. Es wird Steuerausfälle in massivstem Ausmass geben. Wir müssen uns warm anziehen!

Sunil Mann Sterbehilfe für andere

Ben Ferencz ist eben hundert Jahre alt geworden. Mit nur siebenundzwanzig Jahren wurde er Chefankläger in den Nürnberger Prozessen, nachdem er in Berlin streng geheime Berichte über SS-Einsatztruppen in Osteuropa gefunden hatte. Über eine halbe Million Juden, Sinti und Roma wurden bei diesen Einsätzen ermordet. Der Prozess endete mit vierzehn Todesstrafen und acht Haftstrafen. Noch heute setzt sich Ben Ferencz unermüdlich für eine friedliche Welt ein und vertritt die Meinung, dass Recht und Gesetz Krieg verhindern.

Ein ereignisreiches und erfülltes Leben, würde ich meinen. Und ein Mann, der sich bis ins hohe Alter engagiert, mit mehr Herzblut vermutlich als viele Jüngere. Doch gerade in diesen Zeiten, in denen der Neoliberalismus seine hässlichste Fratze zeigt, werden Menschen in seinem Alter zum Spielball einer wirtschaftsorientierten Haltung. Natürlich ist es wichtig, das Leben, so wie wir es kannten, baldmöglichst wieder aufzunehmen. Natürlich sind die wirtschaftlichen Schäden nach dem Lockdown immens, die Arbeitslosenquote hoch und die Armut steigend. Selbst in der Schweiz. Wenn man über die Landesgrenze hinausschaut, womöglich sogar bis zur Dritten Welt oder den USA (nein, diesen Steilpass nutze ich jetzt nicht), dann erkennt man schnell, dass die Situation tatsächlich katastrophal ist.

Dass auch hier immer lautere Stimmen fordern, sofort zum Status quo ante zurückzukehren und Risikogruppen halt «irgendwie speziell zu schützen», ist nachvollziehbar. Andererseits gibt es die praktische Seite. Bislang habe zumindest ich von keinem überzeugenden Konzept gehört, wie man ältere Menschen oder Leute mit hohem Blutdruck, Asthma oder anderen Vorerkrankungen effizient schützen will. Ohne sie wegzusperren, ohne diejenigen, die sowieso schon oft an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, noch drastischer zu isolieren. Es scheint fast, als würde man die Vereinsamung und Abschottung gewisser Bevölkerungsgruppen zugunsten einer brummenden Wirtschaft in Kauf nehmen. Das ist meilenweit von der Solidarität entfernt, die noch vor wenigen Wochen auf allen Kanälen zelebriert worden ist.

Sunil Mann ist Krimi- und Kinderbuchautor sowie Flugbegleiter.

Knallhart kalkuliert bedeutet das: Wer aktuell nichts zum Bruttoinlandprodukt beiträgt ist irrelevant, vernachlässigbar, menschliche Ausschussware. Was jemand in seinem Leben geleistet hat, spielt keine Rolle, denn ab einem gewissen Alter muss man ohnehin damit rechnen, bald zu sterben. Auf ein paar Jahre kommt es da nicht an, und Kollateralschäden gehören nun mal dazu. Aktive Sterbehilfe, janu. Aber bitteschön nur dann, wenn es andere und deren Familienmitglieder trifft.

Diverse Studien haben berechnet, wie viel verbleibende Lebenszeit ein Corona-Todesopfer gehabt hätte. Die Zahlen sind vage und liegen irgendwo zwischen viereinhalb und fünfzehn Jahren. Nehmen wir dreizehn Jahre. Georges Simenon hat in dieser Zeit vierunddreissig Maigret-Romane geschrieben, das Multimillionenvermögen der Familie Blocher ist zum zweistelligen Milliardenbetrag angewachsen, Peter, Sue & Marc haben dreizehn Jahre lang als Band existiert. Lassen Sie sich das mal durch den Kopf gehen.

Untauglicher Gegenvorschlag des Bundes zur Prämienentlastungs-Initiative

Mittel der Wahl

Was der Bundesrat als Gegenvorschlag zur Prämienentlastungs-Initiative präsentiert, geht kaum über geltendes Recht hinaus. Gerade in der jetzigen Corona-Krise sind Prämienverbilligungen Mittel der Wahl, betont der SGB.

| **Text:** *Reto Wyss, SGB-Zentralsekretär (Foto: axelbueckert/photocase.de)*

Der Bundesrat hat einen unbrauchbaren Gegenvorschlag zur Prämienentlastungs-Initiative beschlossen. Dabei sind die unteren und mittleren Einkommen in der Corona-Krise am härtesten von Einkommensverlusten betroffen. Höhere Prämienverbilligungen, wie von der Initiative verlangt, entlasten diese Betroffenen wirksam. Dass der Bundesrat die neue Dringlichkeit dieser Initiative mit einem Vorschlag bekämpfen will, der kaum über geltendes Recht hinausgeht, ist eine Trickserei – das Parlament muss dringend korrigieren.

Zurückgefallen

Mit seinem Vorschlag fällt der Bundesrat auch weit hinter seine eigene Position zurück: Noch Mitte der 1990er Jahre hatte er festgelegt, dass die künftige Belastung der Haushalte durch Krankenkassenprämien höchstens 8 Prozent des steuerbaren Einkommens betragen dürfe. Heute ist diese Belastung für viele Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen auf das Dreifache davon gestiegen. Und dennoch lehnt der Bundesrat das in der Prämienentlastungs-Initiative geforderte – weit mildere – Sozialziel ab. Allein seit dem Jahr 2000 hat die Prämienbelastung der Haushalte real um 75 Prozent zugenommen – *nach* Verbilligung! Dieses Wachstum hat nicht nur mit steigenden Prämien (plus 120 Prozent), sondern ebenso mit der sinkenden Bedeutung der Prämienverbilligungen zu tun: Im Jahr 2000 kamen diese für 12 Prozent der Gesundheitskosten auf, heute sind es knapp 6 Prozent. Zu verantworten haben dies insbesondere die Kantone, welche mit ihren unsozialen Sparpaketen zum Teil sogar die gesetzlichen Mindestvorgaben gebrochen haben. Dies wurde anhand eines Falls im Kanton Luzern auch durch das Bundesgericht bestätigt.

Prämienverbilligungen helfen gegen die drohende Rezession.

Nachbessern!

Gerade in der aktuellen wirtschaftlichen Krise mit ihren schmerzhaften Lohneinbussen – insbesondere für die unteren und mittleren Einkommen, die sich und ihre Familien kaum noch über die Runden bringen – sind höhere Prämienverbilligungen zwingend notwendig. Denn sie stützen auch die Kaufkraft der Haushalte mit tiefen Einkommen (siehe Wirtschaftslektion, Seite 18). Für den SGB hat eine soziale Finanzierung des Gesundheitswesens durch die Corona-Krise noch stark an Dringlichkeit gewonnen. Das Parlament muss nachbessern.

Supersonntag im September

Dieser Herbst wird heiss: Für den 27. September hat der Bundesrat neben den durch Corona angestauten Abstimmungen zwei weitere angesetzt. Das heisst: Fünf Vorlagen kommen an einem Sonntag zur Entscheidung, dem nur ein kurzer Abstimmungskampf vorangeht. Und dieser wird womöglich durch Corona beeinträchtigt sein, denn wie stark das Versammlungsverbot im Spätsommer gelockert sein wird, weiss derzeit wohl nicht einmal der Bundesrat.

Die gewichtigste Vorlage ist die ursprünglich im Mai angesetzte SVP-Initiative «für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» – so die offizielle Bezeichnung. In Tat und Wahrheit handelt es sich um die Kündigung der bilateralen Verträge. Für die Schweiz ist das eine Schicksalsabstimmung: Bei einem Ja müsste sie sich für längere Zeit von Europa verabschieden und mutmasslich in Jahren oder Jahrzehnten zu deutlich schlechteren Bedingungen wieder anklopfen.

Weiter wird über einen – wenn auch extrem bescheidenen – Vaterschaftsurlaub abgestimmt: 2 Wochen, auf Wunsch auch tageweise zu beziehen im ersten halben Jahr nach der Geburt des Kindes und finanziert über die Erwerbsersatzordnung (EO). Es ist ein winziger, aber trotzdem wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Gleichstellung für Familien mit Kindern. Damit hat auch die dritte Vorlage zu tun: die von den Gewerkschaften bekämpfte Änderung bei der direkten Bundessteuer. Die von Rechten angestrebte steuerliche Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten würde nur sehr reichen Eltern nützen.

Auch über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge wird abgestimmt. Schliesslich soll – aus gewerkschaftlicher Sicht weniger zentral – das Jagdgesetz angepasst werden. Die Gewerkschaften werden sich mit aller Kraft für ein Nein zur SVP-Initiative einsetzen und auch den unsozialen Kinderbetreuungsabzug bekämpfen. Der Mini-Vaterschaftsurlaub hat so oder so gute Chancen auf Annahme. | *vpod*

Weltweit sitzen Zehntausende Seeleute fest: Hafen Hamburg.

Das Leid der Seeleute

Der Verband Deutscher Reeder und die Gewerkschaft Verdi haben eine gemeinsame Spendenaktion zugunsten von Seeleuten ins Leben gerufen. Viele von ihnen sitzen wegen der Corona-Krise auf Schiffen fest. Weil keine Ablösung kommt, sind sie gezwungen, länger als die üblichen 6 Monate an Bord zu bleiben. Die Heimreise ist wegen geschlossener Grenzen häufig unmöglich; oft wird den Besatzungen mit Verweis auf Corona jeglicher Landgang verwehrt. Weltweit sind schätzungsweise 150 000 Seeleute betroffen, darunter etwa 40 000 von den Philippinen, 20 000 aus Indien und 25 000 aus der EU. Verdi und die Reeder spendeten Handy- und Internet-Guthaben im Umfang von gegen 30 000 Euro. So soll den Betroffenen ermöglicht werden, mit Freundeskreis und Familien in Kontakt zu bleiben. | *verdi/slt (Foto: undefined undefined/iStock)*

Nestlé als Entwicklungshelferin?

Public Eye und andere entwicklungspolitische Organisationen kritisieren den Umbau der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, wie er von Bundesrat Ignazio Cassis vorangetrieben wird. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit Deza soll künftig noch enger mit dem Privatsektor kooperieren. Dokumente der Deza zeigen gemäss Public Eye, dass künftig jährlich eine halbe Milliarde Franken steuerfinanzierte Hilfsgelder in Unternehmenspartnerschaften fliessen dürften (und damit ein Vielfaches der Summe, die als Programmbeiträge an Hilfswerke geht). Welche Unternehmen werden berücksichtigt? Auf der von der Deza veröffentlichten Liste sind die Firmennamen geschwärzt. Beim Thema «Wasser» etwa müsste das Interesse der Zusammenarbeit auf dem Bau nachhaltiger und allen zugänglicher Ver- und Entsorgungssysteme liegen. Stattdessen arbeitet man im Projekt «Water Stewardship 2030» mit Nestlé, Pepsi und Coca Cola zusammen, Unternehmen, die mit der Trinkwasserversorgung eindeutig kommerzielle Interessen verbinden. Public Eye stört sich nicht nur an dieser neuen Tendenz der Entwicklungszusammenarbeit, die den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben trachtet, sondern ebenso an enormer Intransparenz. | *publiceye/slt*

Wirtschaftslektion Geld – die beste Krisenmedizin

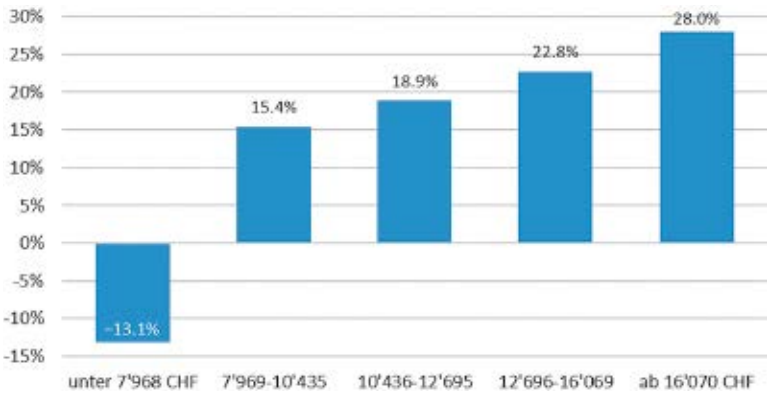
Die Corona-Pandemie hat in der Schweiz bereits mehr als 1600 Todesopfer gefordert. Zudem wird sie uns den schlimmsten Einbruch der Wirtschaftsleistung seit Jahrzehnten bescheren. Und dies, obwohl dank raschem und entschlossenem staatlichem Handeln, funktionierenden bürokratischen Strukturen und einem bewährten Instrumentarium an sozialstaatlichen und arbeitsmarktlichen Instrumenten Schlimmeres verhindert werden konnte. Die (Not-) Massnahmen, die bisher ergriffen wurden, erfüllen ihren Zweck, allen voran die Kurzarbeit. Die Situation in den USA, wo Millionen Menschen arbeitslos geworden sind und um ihre soziale und wirtschaftliche Existenz bangen, gilt als mahnendes Beispiel, dass es auch anders hätte kommen können.

Wie schlimm der wirtschaftliche Einbruch letztlich wird, hängt jedoch auch von der weiteren Reaktion des Staates ab. Spätestens wenn die produktionsseitigen Hemmnisse (wie staatlich verordnete Betriebsschliessungen) wegfallen, sollte die Stützung der Nachfrage in den Fokus der Wirtschaftspolitik rücken. Denn Konsumentinnen und Konsumenten, die zum Teil grosse Einkommensverluste hinnehmen mussten, werden weniger ausgeben. Überschuldete Firmen werden angesichts düsterer Wirtschaftsaussichten weniger investieren. Und die für die Schweiz so wichtige Nachfrage aus dem Ausland wird ebenfalls einbrechen. Bleibt der Staat, der durch Ausgabenprogramme die Konjunktur stützen und die Rezession zumindest abfedern kann. Doch welche Konjunkturprogramme wirken am effektivsten?

Wichtig ist eine rasche Umsetzung, sonst kommt das Geld erst an, wenn es gar nicht mehr gebraucht wird. Zudem sollten die staatlichen Mittel dort investiert werden, wo sie weitere Nachfrage auslösen. Massnahmen zur Erhöhung der Kaufkraft von einkommensschwachen Haushalten sind deshalb besonders effektiv. Denn ärmere Haushalte haben eine viel geringere Sparquote als reiche Haushalte (vgl. Grafik). Während Paarhaushalte unter 65 Jahren mit einem monatlichen Einkommen von mehr als 16 070 Franken rund 28 Prozent des Einkommens als Ersparnis zur Seite legen, geben die ärmsten Haushalte mit einem Monatseinkommen von weniger als 7968 Franken sogar mehr Geld aus, als sie einnehmen. 1 Franken, der ihnen zufliesst, hat deshalb einen viel grösseren stimulierenden Effekt auf die Wirtschaft als 1 Franken, der den Reichen zufliesst.

Höhere Prämienverbilligungen, eine höhere Ersatzquote beim Kurzarbeitsgeld, grosszügigere Arbeitslosenleistungen und andere Massnahmen zugunsten der einkommensschwachen Haushalte würden deshalb nicht nur den direkt Betroffenen, sondern der ganzen Volkswirtschaft helfen. | *Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich*

Ersparnisse in Prozent des Bruttoeinkommens nach Einkommensklassen; Paarhaushalte bis 65 Jahre



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung BFS

Polen: Corona unter Tage

In Oberschlesien, dem polnischen Kohlepott rund um Katowice (Kattowitz), breitet sich Corona speziell unter Grubenarbeitern aus, wie *Zeit-online* berichtet. Rund die Hälfte der Infektionen in der Region beträfen den Bergbau, heisst es; mehrere Zechen mussten vorübergehend schliessen: «Das Ansteckungsrisiko in den engen Stollen, den Waschkauen und beim Ein- und Ausfahren, wenn sich Dutzende Menschen in einer Transportkabine drängen, erwies sich als viel zu hoch.» Als Beispiel ist die Zeche Bobrek in Bytom angeführt, wo rund 500 von 2000 Arbeitern positiv getestet wurden. Bobrek wurde für kurze Zeit geschlossen; inzwischen fahren die negativ getesteten Kumpel wieder in die Grube ein, unter verschärften Hygieneregeln, wie es heisst. Die Bedingungen unter Tage lassen aber weder Abstandhalten noch dauerndes Händewaschen zu. Polen deckt drei Viertel seines Energiebedarfs mit Kohle. | *slt (Foto: Ewa Olek/iStock)*

Österreich: Chaos in den Kitas

Die österreichische Gewerkschaft Younion hat mit einer Umfrage herausgefunden, dass in den Kindergärten und Horten «regelrecht der Hut brennt», wie sich die Bundesfrauenvorsitzende Christa Hörmann ausdrückte. Zu schaffen macht namentlich die dezentrale Verwaltung, so dass alle paar Kilometer eine andere Regelung gilt. 90 Prozent befürworten ein österreichweit gültiges Rahmengesetz, das aber sozialpartnerschaftlich ausgehandelt werden muss. | *vpod*

EGB schreibt an Ungarns Orban

In einem Schreiben an den ungarischen Premierminister Viktor Orbán und an Staatspräsident János Áder hat der Europäische Gewerkschaftsbund grosse Besorgnis über die Corona-Massnahmen Ungarns geäussert. Das in Budapest verabschiedete Paket lasse «die Arbeitnehmenden in der gegenwärtigen beispiellosen Situation weitgehend ungeschützt». EGB-Generalsekretär Luca Visentini bemängelt zudem, dass die Sozialpartner bei der Erarbeitung des Plans nicht eingebunden waren. Der EGB fordert von Orban, die wirtschaftlichen Massnahmen zu verstärken. Speziell verfehlt sei es, Corona für eine Flexibilisierung oder Aushöhlung des Arbeitsrechts zu missbrauchen. | *slt*

Hohes Ansteckungsrisiko unter Tage: Kohlepott um Katowice.

Wer war's? Coronaromane

Literaturempfehlung in Corona-Zeiten? «Die Pest» von Albert Camus, klar. Aber natürlich ist es nicht ganz so einfach in diesem heutigen Rätsel für Fortgeschrittene. Zumal man mit Fug und Recht die Frage stellen kann, ob es bei Camus tatsächlich um eine Infektionskrankheit geht. Der Literaturwissenschaft jedenfalls blieb die metaphorische Bedeutung nicht verborgen – was nicht zu sehr verwundern darf, denn der Autor weist in einer Präambel selbst darauf hin. Etwas einfach ausgedrückt: Pest steht hier – das Buch spielt in den 1940er Jahren – für Krieg. Also eine bemerkenswerte Umkehrung der derzeit bei Staatsoberhäuptern so beliebten Anti-Corona-Kampfrhetorik.

Auch ein anderer Jahrhundertroman, «Die Liebe in den Zeiten der Cholera» von Gabriel Garcia Márquez, hält seuchentechnisch nicht, was der Titel verspricht. Das Hissen der gelben Choleraflagge dient hier den beiden Liebenden, die nach hunderten Romanseiten und Jahrzehnten Erdenlebens endlich zueinander gefunden haben, bloss dazu, sich vor Störungen durch die Aussenwelt zu schützen. Bei Boccaccios «Dekameron» gibt die mittelalterliche Pestpandemie die Rahmenhandlung ab: Sie ist der Grund für die Quarantäne, in der sich die zehnköpfige Gruppe an zehn Tagen jeweils zehn Geschichten erzählt: «Ich sage also, dass seit der heilbringenden Menschwerdung des Gottessohnes eintausenddreihundertachtundvierzig Jahre verstrichen waren, als in die herrliche Stadt Florenz, die alle andern italischen Städte an Schönheit überragt, die todbringende Pest gekommen ist…»

Polio, auch Kinderlähmung, gehört zu jenen schlimmen Seuchen, die durch Impfung stark zurückgedrängt wurden (die Pocken sind ganz ausgerottet). Eine (fiktive) Polioepidemie im Jahr 1941 ist Thema von Philip Roths letztem Roman «Nemesis». Die Hauptfiguren überleben die Krankheit schwer behindert. Auch einen Schweizer Beitrag gibt es zur «infektiologischen» Romanliteratur; wir suchen den Schöpfer des «Ballade» genannten Buches. Die weibliche und titelgebende Hauptperson ist eine historische Figur. Der Schriftsteller unterlegt ihr die Rachephantasien einer Zukurzgekommenen; in Tat und Wahrheit ist sie wohl eher Exempel für die nicht ganz unaktuelle Frage, wie viel Einschränkung persönlicher Freiheit angesichts einer übertragbaren Krankheit zumutbar ist.

Ein weiteres Buch aus der Feder des hier von uns angedeuteten Autors beschäftigt sich übrigens umfassend mit der umfassenden Tätowierung eines weiblichen Hinterteils. Nicht schwer? Dann los: Postkarte mit Lösungswort bis 24. Juni senden an: VPOD, Redaktion, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich. Oder per Mail an redaktion@vpod-ssp.ch. Mit etwas Glück kann man mit einem Büchergutschein (100, 50, 20 Franken) eins der genannten Bücher kaufen. Oder ein anderes. | *slt*

Es war Caran d'Ache

Tatsächlich: Karandasch – карандаш – ist die russische Bezeichnung für den Bleistift. Wie um Himmels Willen kam sie auf die Schweizer Farbstiftschachtel? Zwischenstation war der im letzten Rätsel erfragte russisch-französische Karikaturist Emmanuel Poiré (1858/59–1909), der zusammen mit dem deutschen Kollegen Wilhelm Busch als «Vater des Comics» gelten kann. Er wählte sich das russische Utensil in französischer Aussprache und Verschriftung zum Künstlernamen. Und weil wiederum Arnold Schweitzer, der 1924 in Genf eine Blei- und Farbstiftfabrik gründete, ein Fan Poirés war, fand der Name Caran d'Ache weltweite Verbreitung. Matterhorn, Schweizer Fahne – und alle Stifte säuberlich sortiert: Mehr Schweiz geht nicht. Aschi Zach (Winterthur), Eva Furrer (Basel) und Alfred Saam (Arbon), die das alles gewusst haben, kriegen die versprochene Belohnung. | *slt*

Gudette Shapira †

Im Alter von fast 93 Jahren ist in Zürich Gudette Shapira gestorben, die viele Jahre als Übersetzerin beim VPOD-Zentralsekretariat tätig war – damals, in den 1980er und 1990er Jahren. Wer noch mit ihr zu tun hatte, erinnert sich an eine sowohl im Schriftlichen als auch im Mündlichen hervorragende Fachkraft, die in allerbestem Andenken bleiben wird. Die gebürtige Französin besass Charme und Esprit und war eine herzensgute Persönlichkeit, ebenso freundlich zu den Menschen wie zu ihren geliebten Katzen. | *vpod*

Leserbriefe

Unverständliche Seitenhiebe

«Am Boden», *VPOD-Magazin* Mai 2020, Seite 8

Gut, setzt sich der VPOD mit grossem Engagement auch für die MitarbeiterInnen im Bereich Luftverkehr ein. Unverständlich bleiben aber die Seitenhiebe gegenüber der ökologischen Kritik am Luftverkehr, welche als ungerechtfertigt tituliert wird. Als sei das VPOD-Magazin ein PR-Magazin zur Förderung des Luftverkehrs, wird unter anderem moniert, dass dieser nur für 3 Prozent des globalen CO_2-Ausstosses verantwortlich sei und generell für eine offene und freie Gesellschaft stehe. Solche Sätze sind leider nur peinlich vor dem Hintergrund, dass der VPOD einmal zu den fortschrittlichen und ökologiebewussten Kräften in unserem Land gehört hat.

Peter Vollmer, VPOD-Mitglied, Bern

Steuerabzug für Krankenkassenprämien

Erwerbstätige- und Rentnerehepaare müssen jährlich 9000 bis 10 000 Franken für die obligatorische Krankenversicherung aufwenden. Vorab der Rentner oder die Rentnerin kann in der Steuererklärung bei Versicherungsbeiträgen lediglich einen bescheidenen Betrag in Abzug bringen. Während die Krankenkassenprämien jährlich steigen, wird am Steuerabzug nicht gerüttelt. Viele Politikerinnen und Politiker weisen mit sorgenvoller Miene auf die steigenden und bald nicht mehr bezahlbaren Krankenkassenprämien hin, aber damit hat es sich. Während die Erwerbstätigen noch weitere Abzüge geltend machen können, sollten die Rentnerinnen und Rentner wenigstens die Krankenkassenprämien zu 100 Prozent vom steuerbaren Einkommen abziehen können. Es wäre begrüssenswert, wenn unsere Volksvertreter nicht nur reden, sondern auch die Probleme des Bürgers und der Bürgerin aufnehmen würden.

Erwin Gasser, VPOD-Mitglied, Beringen

Rote Köpfe

Tote Hose seit Wochen, seit Monaten in der Rubrik «Rote Köpfe». Der einzige rote Kopf ist gerade das **Coronavirus** (siehe Foto). Die Hauptschuld an der Misere trägt das Homeoffice: Nachrichten darüber, wer was wann wo bei und mit wem tut, pflegen auf informellen Wegen zu zirkulieren. Man hört in der Kaffeepause, dass die jetzt dort und dort arbeitet, und man erfährt beim gemeinsamen Beheben des Kopierpapierstaus, dass jener in jenes Amt gewählt worden sei. Gelegentlich sogar noch Intimeres. Diese Art von Flurfunk steht trotz gelegentlicher virtueller Kaffeepausen und Feierabendbiere weitgehend still. Vermutlich steht aber auch das gerade still, was er zu kolportieren pflegte. | *slt (Foto: duftomat/Photocase.de)*

Absagen und Umstellungen

Der VPOD hat wegen der Corona-Krise sämtliche vor den Sommerferien angesetzten Weiterbildungsveranstaltungen abgesagt. Einige von ihnen werden zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Jahr nachgeholt werden können; für andere ist auf 2021 zu verweisen. – Dagegen kann die nächste Sitzung des Landesvorstandes vom Freitag, 12. Juni, wieder als physische Sitzung im Zentralsekretariat Zürich durchgeführt werden; der grosse Sitzungssaal erlaubt das Wahren der Abstandsregeln. – Abgesagt ist die Delegiertenversammlung vom Juni; für die weiteren Termine 2020 müssen neue Lösungen, allenfalls auch neue Daten gefunden werden (die Durchführung der Sitzungen am bisherigen Ort, im Restaurant «Falcone» in Zürich, dürfte wegen der engen Platzverhältnisse auch im Herbst und im Winter nicht in Betracht kommen). | *vpod*

15. Mai – ein Zeichen trotz allem

Wie der 1. Mai, der Feiertag der lohnarbeitenden Bevölkerung, fiel auch der 15. Mai, der dieses Jahr als Klimastreik- und -aktionstag vorgesehen war, der Corona-Krise zum Opfer. Jedenfalls was Aktionen und Demonstrationen auf den Strassen anging. Trotzdem engagiert sich die Gewerkschaftsbewegung weiter für den Wandel hin zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft. Wichtig: Soziale Gerechtigkeit muss ein integraler Bestandteil dieses Transformationsprozesses sein. Der SGB stellte in einem Appell zum 15. Mai klar, dass die Klimakrise ähnlich wie die Corona-Krise global und existenziell bedrohlich ist, auch wenn sie nicht mit einmaliger Wucht eintritt, sondern langsam heranschleicht. «Wenn wir nicht heute handeln, werden weder Staatshilfen noch vernünftiges Verhalten der Einzelnen noch technische Innovationen morgen helfen», betont der SGB. Jetzt bestehe die Möglichkeit, den Ausstieg aus der gegenwärtigen Krise mit mehr Klimaschutz zu kombinieren: «Arbeitsplätze müssen gerettet und neue geschaffen werden. Der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz muss garantiert sein, und die Kosten der Krise müssen solidarisch aufgefangen werden. Wir stehen als Gewerkschaften dafür ein, die positiven Trends zu stärken und längerfristige Perspektiven aufzuzeigen.» Investitionen in den Gesundheitsschutz, in den öffentlichen Verkehr, in die Forschung, die Umschulung und Weiterbildung sowie verbesserte Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Sozialberufen werden die Arbeitswelt in der Zeit nach Corona stärken und widerstandsfähig machen: «Das hilft auch dem Klima.» Die Gewerkschaften stehen zum Klimaschutz und werden die etablierte gute Zusammenarbeit mit den Klimakollektiven in den Regionen fortsetzen. | *sgb (Foto: pontchen/photocase.de)*

Degenerativ oder unfallbedingt? Nach der VPOD-Intervention übernahm die Suva die Kosten

Zirkus ums Knie

Hartnäckig behauptete die Versicherungsärztin, dass R.s Beschwerden nicht mit dem neuen Unfall zusammenhingen, sondern die Folgen einer früheren Knieoperation seien. Erst als der Vertrauensanwalt mit dem Gang vor Gericht drohte, lenkte die Suva ein. | Text: *Sabine Braunschweig (Foto: marshi/photocase.de)*

Wenn körperliche Beschwerden auftreten und die bisherige Arbeit nicht mehr ausgeführt werden kann, stellt sich oft die Frage: Sind die Schmerzen degenerativ oder unfallbedingt? Ist die Einschränkung eine Alterserscheinung oder die Folge eines bestimmten Ereignisses? Das ist entscheidend für die Frage, ob die Krankenkasse oder die Unfallversicherung zahlen muss. Jede Versicherung ist naturgemäss daran interessiert, nur das «Schadensereignis» zu übernehmen, das in ihren Bereich fällt.

Problemzone nicht nur bei Fussballern: Das Knie.

Fehltritt am Flughafen

Bei Kollege R. dauerte es weit mehr als ein Jahr, bis die Frage geklärt war. Bei der Arbeit am Flughafen – vor Corona-Zeiten – tat er einen Fehltritt und verdrehte sich das Knie. Die medizinische Diagnose ergab einen Meniskusriss, der arthroskopisch behandelt wurde – also mit einer Kniespiegelung, bei der man während der OP mit einer Kamera direkt ins Gelenk guckt. Der Orthopäde ging davon aus, dass die Knieverletzung höchstwahrscheinlich mit dem Fehltritt zusammenhänge, dass also die Suva zuständig sei.

Doch die Suva stellte sich quer. Denn R. hatte nach einem Unfall vor mehr als zehn Jahren bereits am selben Knie das Kreuzband operieren lassen müssen. Waren die aktuellen Beschwerden eine degenerative Folgeerscheinung des damaligen Unfalls? Die Suva-Ärztin sah es so. Sie nahm einen Rückfall an und lehnte die Übernahme der Unfallleistungen durch die Suva ab. Gegen diesen Entscheid holte sich Kollege R. beim VPOD Unterstützung. Der Vertrauensanwalt stellte dem Orthopäden, der R. operiert hatte, Fragen: Wenn die Beschwerden auf den früheren Unfall zurückzuführen sind, wären sie dann auch ohne neuen Unfall aufgetreten? Oder wäre R. bis heute beschwerdefrei?

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Der Arzt antwortete konträr zur Suva-Ärztin. Insbesondere hielt er fest, dass diese die Bilder und die Videos, die den medizinischen Sachverhalt klar darlegten, nicht gesehen hatte. Seines Erachtens ging aus den Aufzeichnungen unzweifelhaft hervor, dass der Fehltritt bei der Arbeit für die Beschwerden ursächlich war. Ohne den neuen Unfall wäre R. nach wie vor beschwerdefrei. Irgendwann könnten vielleicht leichte chronische Beschwerden im Knie auftreten und wären dann eine degenerative Folge des früheren Kreuzbandrisses. Aber dass diese Schmerzen genau zum Zeitpunkt des neuen Unfalls aufgetreten seien, weise klar auf den Zusammenhang mit dem Fehltritt hin. Mit diesen Angaben reichte der Vertrauensanwalt Rekurs ein. Die Suva-Ärztin hielt an ihrem Standpunkt fest und verweigerte weiter die Leistungsübernahme. Gegen die Ablehnung seines Rekurses durch die Suva erhob der Vertrauensanwalt Einsprache. Unter anderem kritisierte er scharf, dass die Versicherungsärztin die «Untersuchungsmaxime» und den Anspruch des Einsprechers auf rechtliches Gehör verletzt habe, indem sie zum wiederholten Mal eine medizinische Beurteilung abgegeben habe, ohne vorher alle vorliegenden Dokumente zu studieren, von deren Existenz sie gewusst habe.

Notfalls vor Gericht

Mit der «Untersuchungsmaxime» meinte der Anwalt, dass die Beweislast im vorliegenden Fall bei der Suva liege. Nicht der Einsprecher, also R., sei beweispflichtig, sondern die Einsprachegegnerin. Sie müsse belegen, dass die Beschwerden degenerativ seien und nicht mit dem neuen Unfall zusammenhingen. So lange die Suva diesen Nachweis schuldig bleibe, bleibe sie leistungspflichtig. – Zwei Fachärzte, zwei sich widersprechende Meinungen: In so einem Fall, so schrieb der VPOD-Vertrauensanwalt, sei eine unabhängige externe Einschätzung unabdingbar. So sehe es auch das Bundesgericht. Nötigenfalls müsse man auch im vorliegenden Fall die Gerichte beiziehen. Das wirkte. Die Suva prüfte den Fall noch einmal und schrieb, dass ihre frühere Verfügung nichtig sei. Sie übernehme sämtliche Leistungen, die mit dem neuen Unfall entstanden waren.

Gewerkschaftliche Unterstützung für kambodschanische Textilarbeiterinnen

Unorganisiert organisiert

Mirabelle Yang macht kambodschanische Gewerkschaften fit, damit sie ihre Forderungen bei Unternehmen durchsetzen können. In der Textilindustrie gibt es langsame Fortschritte punkto Lohnfortzahlung und Mutterschutz.

Text: *Katja Schurter (Fotos: Solidar Suisse [Porträt], Keystone)*

Mirabelle Yang ist weit herumgekommen: Geboren in Singapur, wohin sie immer wieder zurückkehrte, lebte sie als Kind ein paar Jahre in Australien, studierte in London, zog in die USA und kam 2014 nach Kambodscha. In Phnom Penh wollte sie ihre Doktorarbeit zu Gender und Jugendkultur schreiben. Doch es kam anders. 50 Meter von ihrem Haus, in dem die 39-Jährige mit ihren zwei Hunden lebt, befindet sich das Büro der Textilarbeitergewerkschaft C. Cawdu. Yang sah das Kommen und Gehen der Arbeiterinnen, interessierte sich für die Leute und meldete sich bald als Freiwillige bei der Solidar-Partnerorganisation. «Ich war müde vom akademischen Leben», sagt Mirabelle Yang, «und ich wollte aktiv werden.» Ausserdem wollte sie die Gender- und Arbeitsbeziehungen in Kambodscha besser verstehen. Die Arbeit gefiel ihr. Als C. Cawdu ein Projekt für bessere Verhandlungsstrategien startete, fragte die Gewerkschaft Mirabelle Yang an, ob sie die Koordination übernehmen wolle. Sie sagte sofort zu.

Recherchieren statt schreien

«In Kambodscha wird bei Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Fabrikbesitzern vor allem geschrien und mit Streik gedroht», erzählt Yang. Über die konkreten Arbeitsbedingungen rede man kaum. An diesem Punkt setzt das C. Cawdu-Projekt zu faktenbasiertem Verhandeln an. Es steht verschiedenen Gewerkschaften offen, und Yangs Aufgabe ist es, Trainings für die Funktionärinnen und Funktionäre zu organisieren. Informationen zur Situation in den Fabriken sind allerdings nicht ganz leicht erhältlich. Zwar gibt es eine Datenbank. Doch der Zugang ist eine Herausforderung, da die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter keine Erfahrung mit Computern haben. «Sie machen alles mit dem Smartphone und wissen zum Teil nicht einmal, wie sie suchen müssen», erzählt Yang.

Mirabelle Yang.

Das hat sich inzwischen verändert: «Die Gewerkschaften merken, dass sie wirkungsvoller verhandeln können, wenn sie mit Fakten aus den Fabriken argumentieren. In den Trainings lernen sie, problematische Ereignisse zu dokumentieren, wenn möglich mit Fotos, Videos und Zeugenaussagen.» Dabei handelt es sich etwa um gesetzwidrige Arbeitsverträge, mangelnde Versorgung mit Trinkwasser, tiefe Akkordlöhne und unrealistische Zielvorgaben. Auf den Mindestlohn kommen viele nicht. «Wir haben einige Verbesserungen erreicht», erzählt Mirabelle Yang. So wurden in den letzten zwei Jahren vier Gesamtarbeitsverträge unterschrieben, und in zwei Fabriken erhalten mehr als 10 000 ArbeiterInnen neuerdings auch dann Lohn, wenn sie krank sind.

«Nie wie geplant»

Das emotionale Vorgehen, das bei Verhandlungen nicht immer hilfreich ist, fasziniert die an Effizienz und Planung gewohnte Singapurerin: «In Kambodscha wird alles in letzter Minute entschieden. Plötzlich heisst es: ‹Komm, wir gehen in die Fabrik.›» Völlig erfolglos ist indes auch diese Methode nicht; Kompensationen oder einen Mutterschaftsurlaub haben die Gewerkschaften so erstritten. Yang: «Es ist in unorganisierter Art organisiert: Alles wird gemacht, aber nie wie geplant.» Als nächstes soll die Datenbank bedienungsfreundlicher und transparenter werden, damit die Gewerkschaften sie noch besser nutzen können. Doch ein halbes Jahr lang muss es ohne Yang laufen: Sie nimmt eine Auszeit, um ihre seit sechs Jahren brachliegende Doktorarbeit endlich abzuschliessen.

Die Textilindustrie ist Kambodschas wichtigste Exportbranche.

Seit dem Ende des Bürgerkriegs 1993 wächst die Wirtschaft in Kambodscha exponentiell. Allerdings sind die Arbeitsbedingungen vielerorts noch immer prekär, namentlich in der Textilindustrie, die für 70 Prozent des Exports verantwortlich ist. Ein Hindernis auf dem Weg zu mehr Wohlstand für alle ist die grassierende Korruption. Auf dem Index von Transparency International belegt das Land Platz 161 von 180 Ländern. | *vpod*

Bettina Fredrich, Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, Ostermundigen

Die gefragte Frau

Es ist Tradition, hier jeweils die Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen vorzustellen. Die Neue, Bettina Fredrich, hat zweimal Zwillinge, ein Legislativamt in der Gemeinde, einen SP- und einen VPOD-Mitgliedsausweis. Einstweilen sitzt sie im Ostermundiger Homeoffice. | Text: *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Jetzt erst recht: Bettina Fredrich stärkt Frauenkräfte.

Den Start im neuen Job hat sich Bettina Fredrich leicht anders vorgestellt als so: nach wenigen Monaten weitestgehend ins Homeoffice zu zügeln und den Kontakt mit Team und Anspruchsgruppen vorwiegend per Videokonferenz zu halten. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF wurde ein halbes Leben lang von Elisabeth Keller betreut, die man auch beim VPOD und aus diesen Spalten gut kennt. Die Nachfolgerin wird natur- und altersgemäss da und dort andere Schwerpunkte setzen. Zu tun gibt es genug, gerade jetzt. Aber das Legislaturprogramm kommt – mit einer gleichfalls frisch zusammengesetzten Kommission – coronabedingt eben etwas langsamer in Fahrt als angedacht.

Kein individuelles Problem

Von Haus aus ist Bettina Fredrich Geografin. Schon die junge Wissenschaftlerin fragte vor allem nach den Menschen, nach dem Zusammenspiel von Raum, Politik, Macht und Geschlecht. Ein solch interdisziplinärer Ansatz passt ebenso gut in die Fachstelle Sozialpolitik der Caritas, die Fredrich zuvor geleitet hat, wie in die EKF. Auch das Thema Armut, das bei der Caritas ein zentrales war, wird am neuen Ort wieder auftauchen. Denn Frauen sind noch immer häufig in schlecht bezahlten Berufen tätig, übernehmen den Grossteil der unbezahlten Arbeit – und sind im Alter öfter arm.

Dass die Kinderbetreuung noch immer a) ein «Frauenthema» und b) eine offenbar privat zu meisternde Herausforderung ist – das muss sich ändern. Bettina Fredrich hat das «Problem» für sich ganz gut gelöst, aus einer privilegierten Situation, wie sie einräumt. Für die doppelten Zwillinge (die einen 15, die anderen 12 Jahre alt) hat sich auch der Vater durchgängig engagiert, wobei man praktisch jedes Modell, von Nanny über Kita bis Tagesschule, schon durchgespielt hat. Auch die Wohnsituation macht einen Unterschied: Das Leben in der autofreien Genossenschaft bietet nicht nur Auslauf für die Kids, sondern auch nachbarliche Unterstützung und Zusammenhalt.

Mitreden, mitregieren

Weil Bettina Fredrich ein zutiefst politischer Mensch ist, trägt sie auch die Frage der Kinderbetreuung dorthin, wo sie hingehört. In die Gemeindepolitik von Ostermundigen nämlich. Der westliche Vorort von Bern ist faktisch längst mit der Stadt zusammengewachsen. Das soll durch eine Fusion auf der politischen Ebene nachvollzogen werden – den Anstoss dazu gab: SP-Parlamentarierin Fredrich. Im Herbst will sie sogar Gemeindepräsidentin werden; zumindest ein Sitzgewinn in der Exekutive liegt drin. Vorwärts machen will die Kollegin auch mit Integration und frühkindlicher Förderung, wo sie der Schweiz arge Defizite diagnostiziert. Gerade eine traditionell bunt durchmischte Kommune mit gewichtigen Anteilen preisgünstigen Wohnraums hat diesbezüglich grosse Aufgaben.

Jetzt also Corona… Paradox aus Sicht Bettina Fredrichs: Plötzlich werden Territorien abgeschottet, Taskforces und Security Officers schiessen aus dem Boden – die militärische Sprache feiert Urständ. Dabei zeige die Krise doch in erster Linie, wie notwendig ein gutes soziales Netz ist. Und wie unverzichtbar die Arbeit all der unterbezahlten – weitgehend weiblichen – Pflege- und Verkaufskräfte. Die Grenzschliessung erinnert Bettina Fredrich an die DDR, wo ihre Eltern herstammen. Der Vater floh seinerzeit mit gefälschten Papieren. Die Mutter hat aus dem realexistierenden Sozialismus immerhin eine Ausbildung als Zahnärztin mitgebracht. Dass sie damit selbständig praktizieren wollte, erschien der Schweiz der 70er Jahre noch ungehörig bis illegal. Sie setzte sich durch, auch wenn sie nochmals fast von vorn studieren musste. Jetzt arbeitet die Tochter weiter am nachhaltigen Ausbau weiblicher Selbstbehauptungskräfte.

HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI

ERÖFFNUNG
21. Mai 2020

Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow
20% VPOD-Rabatt (jederzeit gültig)

Hotel Ristorante iGrappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

Frühlingsangebot

gültig bis 30. Juni 2020

Pauschal pro Person in
Doppelzimmer Standard zum Preis von CHF 360.-
Doppelzimmer Superior zum Preis von CHF 390.-

Der Preis beinhaltet:
3 Übernachtungen in Doppelzimmer
3 Frühstücksbuffet
1 „Gourmetmenu" (Vier-Gänge-Abendessen)
2 Drei-Gänge-Abendessen
1 Flasche Merlot (pro Doppelzimmer)
• W-LAN
• freie Parkplätze

Angebot auf Anfrage und nach Verfügbarkeit

AZB Postfach, 8036 Zürich

«Wer übernimmt die Kosten für die Delle an meinem Auto, wenn der Verursacher nicht zahlt?»

Jetzt Multi Rechtsschutz abschliessen für nur Fr. 138.– für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 20 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C004807

Foto Titelseite: *Natalija Grigel/iStockphoto*